



Stadtratssitzung

Donnerstag, 12. November 2009, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Antrag Luzius Theiler (GPB-DA) auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Abklärung der politischen Verantwortung für die Kostenexplosion beim BärenPark (GuB: Tschäppät)	09.000363
2. Erneuerung Verkehrsrechner VSR16M76; Ausführungskredit (PVS: Penher / TVS: Rytz)	09.000315
3. Initiative "Für eine sichere Stadt Bern" und Gegenvorschlag des Stadtrats; Abstimmungsbotschaft (FSU: Mathieu / SUE: Nause)	09.000095
4. Wirtschaftsamt: Berichterstattung des Gemeinderats (FSU: Michel / SUE: Nause)	09.000313
5. Dringliche Interpellation Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer/Conradin Conzetti, GFL): Verfahren betreffend Amtsgeheimnisverletzung wegen öffentlichem Interesse eingestellt: Wird die Kommissionsarbeit in Zukunft öffentlich? (GuB: Tschäppät)	09.000349
6. Motion Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Zwischennutzungen als Standortentwicklung (PRD: Tschäppät)	09.000124
7. Motion Fraktion BDP/CVP (Edith Leibundgut, CVP): Der Spielplatz auf der grossen Schanze muss aufgehoben und an einem kinderfreundlichen Ort neu eingerichtet werden (PRD: Tschäppät)	09.000074
8. Motion Lea Bill (JA!): Einführung der Basisdemokratie in der Stadt Bern (GuB: Tschäppät)	09.000068
9. Postulat Luzius Theiler (GPB-DA): Postulat betreffend Veröffentlichung der Liste der extern vergebenen Berichte, Studien und Gutachten (GuB: Tschäppät)	09.000126
10. Postulat Reto Nause (CVP): Kulturmeile Marzili (PRD: Tschäppät)	08.000362
11. Kleine Anfrage Michael Köpfli (GLP): Stadttheater und Symphonieorchester: Weiter wie bisher, die Stadt zahlt und die Agglomeration konsumiert? (PRD: Tschäppät)	09.000351
12. Kleine Anfrage Jimy Hofer (parteilos): Im Dorf „Zaffaraya“ an der Neubrückstrasse herrscht zurzeit rege Bautätigkeit (BSS: Olibet)	09.000353

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 31	1651
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1653
Mitteilungen des Präsidenten.....	1654
1 Antrag Luzius Theiler (GPB-DA) auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Abklärung der politischen Verantwortung für die Kostenexplosion beim BärenPark	1654
2 Erneuerung Verkehrsrechner VSR16M76; Ausführungskredit.....	1667
3 Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats; Abstimmungsbotschaft	1670
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr	1674
3 Fortsetzung: Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats: Abstimmungsbotschaft	1675
4 Wirtschaftsamt: Berichterstattung des Gemeinderats	1696
Eingänge	1701

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Guglielmo Grossi	Philippe Müller
Cristina Anliker-Mansour	Beat Gubser	Nadia Omar
Vinzenz Bartlome	Leyla Gül	Stéphanie Penher
Giovanna Battagliero	Erich J. Hess	Pascal Rub
Thomas Begert	Kurt Hirsbrunner	Rahel Ruch
Henri-Charles Beuchat	Jimmy Hofer	Hasim Sancar
Lea Bill	Mario Imhof	Martin Schneider
Manfred Blaser	Ueli Jaisli	Rolf Schuler
Peter Bühler	Stefan Jordi	Miriam Schwarz
Conradin Conzetti	Ruedi Keller	Tanja Sollberger
Rithy Chheng	Michael Köpfli	Hasim Sönmez
Dolores Dana	Vania Kohli	Barbara Streit-Stettler
Bernhard Eicher	Peter Künzler	Luzius Theiler
Susanne Elsener	Lea Kusano	Aline Trede
Tania Espinoza	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Regula Fischer	Edith Leibundgut	Nicola von Greyerz
Jan Flückiger	Daniela Lutz-Beck	Tanja Walliser
Urs Frieden	Ursula Marti	Peter Wasserfallen
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Béatrice Wertli
Jacqueline Gafner Wasem	Claudia Meier	Thomas Weil
Jeannette Glauser	Robert Meyer	Manuel C. Widmer
Simon Glauser	Christine Michel	Rolf Zbinden
Thomas Göttin	Patrizia Mordini	Christoph Zimmerli
Claude Grosjean		

Entschuldigt

Michael Aebersold	Thomas M. Bürki	Daniel Klauser
Rania Bahnan Buechi	Natalie Imboden	Martin Trachsel
Kathrin Bertschy	Dannie Jost	Beat Zobrist

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	
-------------------------	----------------	--

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
-------------------	------------------	-----------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter der Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel	
Annemarie Masswadeh, Pro- tokoll	Hanni Reut, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

Mitteilungen des Präsidenten

Vorsitzender *Ueli Haudenschild*: Ich begrüsse die aus Anlass des heutigen Töchtertages anwesenden Kinder von Ratsangestellten und Parlamentarierinnen.

1 **Antrag Luzius Theiler (GPB-DA) auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Abklärung der politischen Verantwortung für die Kostenexplosion beim BärenPark**

Geschäftsnummer 09.000363

Dem Stadtrat wird gestützt auf Art. 27 ff des Geschäftsreglementes beantragt, eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PU K) zur umfassenden Abklärung der politischen Verantwortlichkeiten für die Kostenexplosion beim BärenPark einzusetzen. Die Kommission wird beauftragt, u.a. folgende Fragen abzuklären:

1. Wer erteilte anfangs 2008 den Auftrag, mit dem Bau des BärenParks zu beginnen, obwohl die Deckung der Kosten durch gesponserte Drittmittel entgegen des Stadtratsbeschlusses vom 6. Mai 2004 nicht gesichert war?
2. Welche Rolle spielten im Laufe der Projektierungs- und Ausführungszeit die Stadtbauten Bern, die auch gemäss ihrem neuesten Verwaltungsbericht 2008 den BärenPark nicht als eigenes Bauvorhaben, sondern als „Projektmanagementleistung für Dritte“ ausführen?
3. Wie sind die Verantwortlichkeiten zwischen den am Bau beteiligten Gremien, d.h. zwischen dem Gemeinderat, dem Verwaltungsrat der StaBe, dem vom Gemeinderat eingesetzten Lenkungsausschuss und der Projektleitung aufgeteilt?
4. Wo liegen die Verantwortlichkeiten für den offensichtlich mangelnden Informationsfluss zwischen den genannten Gremien? Entspricht es den Tatsachen, dass – nach eigenen Aussagen – der StaBe-Verwaltungsrat und der Gemeinderat erst nach einem halben Jahr von den sehr gravierenden Problemen auf dem Bauplatz im Winter 2009 erfuhren, obwohl im Verwaltungsrat wie im Lenkungsausschuss je zwei Mitglieder des Gemeinderates vertreten sind? Wie ist unter diesen Umständen die Antwort des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 auf die Interpellation Sancar zu werten, die auf längst nicht mehr aktuellen Zahlen über die Kosten des BärenParks beruhte und damit den Stadtrat täuschte?
5. Welche Auswirkungen hat die Kostenexplosion auf die jährlich wiederkehrenden von der Stadt zu tragenden Betriebskosten des Bärenparks? Genügen einfache Budgetbeschlüsse oder bedarf es eines Kreditbeschlusses durch das finanzkompetente Organ?

Bern, 15. Oktober 2009

Antragsteller *Luzius Theiler* (GPB-DA): Mein Antrag, eine PUK einzusetzen, hatte bereits beachtliche Auswirkungen. Der Gemeinderat hat nicht nur beschlossen, eine Untersuchung einzuleiten – er nennt sie Administrativuntersuchung – sondern gestern auch, einen recht umfassenden Fragekatalog vorzulegen, der, so muss ich sagen, auch eine gute Basis für eine PUK-Untersuchung wäre, man müsste ihn nur noch etwas ergänzen. Während der Stadtpräsident noch am 15. Oktober 2009, als die neuen Kostenüberschreitungen bekannt wurden, im Radio verkündet hat, es gebe überhaupt keine politische Verantwortung des Gemeinderats, das sei alles Sache von untergeordneten Organen und der StaBe etc, wird jetzt immerhin beschlossen, auch die politische Verantwortlichkeit des Gemeinderats zu untersuchen, neben den Verantwortlichkeiten der übrigen involvierten Gremien StaBe-Geschäftsleitung, StaBe-

Verwaltungsrat, StaBe-Lenkungsausschuss etc. So weit so gut. Könnte ich jetzt meinen Antrag zurückziehen? Nein, das kann ich trotzdem nicht, denn für eine so genannte Administrativuntersuchung ist die Frage viel zu umfassend. Es ist gar nicht möglich, dass ein Experte alles innert nützlicher Frist beantworten und zugleich in einem Bericht auch noch Vorschläge unterbreiten kann, wie sich so etwas in Zukunft vermeiden lässt. Besonders, wenn der Experte nicht ein eigentlicher Verwaltungsrechtsspezialist ist, sondern der Experte, der immer der Experte ist, wenn es jemanden braucht. Man muss sich also die Frage stellen, ob es die richtige Art und ob es die richtige Person ist. Wenn der Gemeinderat schreibt, das Resultat werde nächsten Sommer vorliegen, so muss man sagen: Das ist viel zu spät, denn wir haben ja weitere Geschäfte, die die StaBe betreffen. Das Resultat müsste zumindest vor der Volksabstimmung über den Feuerwehrstützpunkt vorliegen. Es ist sogar fraglich, ob wir das Resultat in einem Jahr haben, es sieht sehr danach aus, als ob der Gemeinderat auf Zeit spielte und damit rechnete, dass das Interesse an diesem Schlamassel in einem Jahr nicht mehr so gross ist und dass man nicht mehr grosse Lust hat, darüber zu diskutieren. Wenn der Gemeinderat dann noch schreibt, wir könnten immer noch eine PUK einsetzen, wenn wir mit seinem Bericht nicht zufrieden seien, so muss ich wirklich sagen, da wird auf Zeit gespielt. Wer will denn, wenn alles vorbei ist, noch einmal von vorne anfangen? Eine Administrativuntersuchung gibt es nach Bernischem Recht gar nicht, weder kantonale noch in der Stadt. Das hat der Gemeinderat offensichtlich auch bemerkt und bezieht sich jetzt auf Art. 19 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, wonach die Behörden, auch die Gemeinden, das Recht haben, einen aussen stehenden Experten für eine amtliche Untersuchung einzusetzen. Aus dem Kommentar zu diesem Gesetz geht aber hervor, dass damit etwas völlig anderes gemeint ist als hier geplant, denn dort werden als Beispiele etwa die Klärung einer dienstrechtlichen Angelegenheit, eine Abklärung von Haftungsfragen oder eine Kontrolle von allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen genannt. Auf diesem Niveau bewegt sich eine amtliche Untersuchung, aber das hier sprengt natürlich diesen Rahmen bei weitem. Das spielt aber keine sehr grosse Rolle, wichtig ist, dass der Gemeinderat in penetranter Art nicht will, dass der Stadtrat die Sache selber in die Hand nimmt und da muss ich fragen: Warum hat der Gemeinderat dermassen Angst, dass der Stadtrat selber aktiv wird? Warum will er mit einer vorweg genommenen Administrativuntersuchung diese PUK verhindern? Gibt es Dinge, die nicht aufgeklärt werden dürfen oder hat der Gemeinderat vielleicht die begründete Befürchtung, eine PUK würde die Sache zusammen mit kompetenten Fachleuten seriöser und insistenter anpacken, als dies dem von ihm ernannten Experten schon nur aus zeitlichen Gründen möglich ist? Dieser Experte wird von genau der Behörde eingesetzt, die er kontrollieren soll und darum wird man, auch wenn er in guten Treuen handelt und sich alle Mühe gibt, den Verdacht nicht los, dass er nicht ganz unabhängig sei. Das ist der Grundwiderspruch bei dieser Untersuchung, und den kann man nicht aus der Welt schaffen ausser wir beschliessen selber eine Untersuchung. Und dann gibt es entweder zwei Untersuchungen oder die Administrativuntersuchung wird sistiert, so lange eine PUK-Untersuchung läuft. Irgendwie geht es wahrscheinlich auch um das Selbstbewusstsein von uns Stadträtinnen und Stadträten. Der Ruf des Stadtrats hat gelitten. Letzthin war in einer Zeitung die Rede davon, der Stadtrat sei auf dem Nullpunkt angelangt und wir müssen uns ernsthaft fragen, welche Wirkung es hat, wenn wir sagen, es brauche keine PUK, wir überliessen das vertrauensvoll dem Gemeinderat – dem Gemeinderat, der gerade in dieser Affäre dermassen versagt hat. Ich bitte eindringlich darum, dem Antrag zuzustimmen, unabhängig von Bindungen. Auch wenn man selber einen Gemeinderat hat, kann man ihm zustimmen, denn falls das Ergebnis der PUK in einzelnen Punkten zu Gunsten des Gemeinderats ausfallen sollte, so nützt ihm dies mehr, als wenn der Anschein erweckt wird, man verdecke die ganze Geschichte.

Fraktionserklärungen

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP: Sie haben vielleicht schon festgestellt, dass wir die Voten von Luzius Theiler in der Regel ernst nehmen, weil sie gut begründet sind. Wir haben sie auch schon unterstützt. Wenn er Recht hat, hat er Recht. In diesem Fall aber sind wir nicht gleicher Meinung. Im Geschäftsreglement steht, eine PUK könne eingesetzt werden, wenn „Vorkommnisse in der Stadtverwaltung von grosser Tragweite“ einer besonderen Abklärung durch den Stadtrat bedürften“. Hier geht es um Vorkommnisse in den Stadtbauten, einem ausgelagerten Betrieb, einer selbstständigen, autonomen, öffentlich-rechtlichen Anstalt. Zum Teil sind Leute aus der Stadtverwaltung involviert, das stimmt, aber der grösste Teil gehört zu den StaBe. Eine PUK führt hier also nirgendwo hin, es ist nicht wie im 2003, als nur die Stadtverwaltung betroffen war. Zur „Grossen Tragweite“. Ich erinnere dazu an 1964, Mirage-Affäre; 1989, Elisabeth Kopp und Fichenskandal; 1990, P26; 1996, Versicherungskasse in der Stadt Bern; 2003, Affäre Wasserfallen. Was will ich damit sagen? Eine PUK ist wichtig und richtig, wenn es um etwas geht, das das Fundament unseres Rechtsstaates und unseres Demokratieverständnisses erschüttert. Dass dies bei der Bauüberschreitung beim Bärenpark der Fall ist, wage ich zu bezweifeln. Da hätte Regierungsrätin Egger jede Woche eine PUK am Hals: Das Kinderspital wird 23 Mio. Franken teurer, das Tramdepot 57 Mio. Franken, das Frauenspital hat statische Probleme und der Bahnhofausbau war auch nicht gerade gut ausgeleitet. Zudem ist eine PUK mit riesigem Arbeitsaufwand verbunden und man darf auch die Kosten nicht unterschätzen. Wir wissen, dass wir alle mehr Kantons- als Gemeindesteuern bezahlen und ich bitte darum, dass die Bären das nächste Mal im Grossen Rat antraben. Wir wollen das Geschehen um den Bärenpark nicht herunterspielen. Was hier passiert ist, ist nicht gut, der Antragsteller stellt die richtigen Fragen und diese Fragen müssen beantwortet werden. Aber eine PUK ist das falsche Instrument dafür. Der Gemeinderat hat eine Administrativuntersuchung angeordnet und seit gestern wissen wir auch, wer sie durchführen soll. Wir sind nicht oft gleicher Meinung wie der Gemeinderat, aber ich kann es hier vorwegnehmen: Die vom Gemeinderat angeordnete Massnahme ist richtig, vor allem, wenn man bedenkt, dass auch, aber nicht nur, das Funktionieren der StaBe untersucht werden muss. Gemäss Art. 20 des StaBe-Reglements beaufsichtigt der Gemeinderat die StaBe. Er ist berechtigt, im Rahmen seiner Aufsichtsbefugnis jederzeit Auskunft zu verlangen und in alle Unterlagen Einsicht zu nehmen. Er kann diese Rechte auch auf Dritte übertragen und sie mit der Vornahme von Abklärungen beauftragen. Eine Administrativuntersuchung ist im StaBe-Reglement unseres Erachtens ausdrücklich vorgesehen und wenn sich der Gemeinderat von der Untersuchung nicht ausnimmt, umso besser. Es ist nicht so, dass eine Administrativuntersuchung, wie von der GPB suggeriert, keine Zähne hat. Dazu verweise ich auf die Administrativuntersuchung betreffend 6. Oktober 2007, in der der Gemeinderat nicht gut wegkam und die auch Konsequenzen hatte. Organisatorisch ist die Aufsichtskommission (AK) zuständig für sämtliche Belange der Gemeindeunternehmen, also auch der Anstalten, und ich fordere sie auf, ihren Auftrag wahrzunehmen. Fazit: Eine PUK führt im vorliegenden Fall nicht zum Ziel, weil sie nur Vorkommnisse in der Stadtverwaltung untersuchen darf, nicht aber ausserhalb. Zudem bedeutet eine PUK, mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen. Eine Administrativuntersuchung ist das richtige Mittel und wir sind zuversichtlich, dass die beauftragte Person die Sache akribisch untersuchen wird. Die FDP lehnt im heutigen Zeitpunkt eine PUK ab. Was nachher passiert, steht auf einem anderen Blatt. Und es ist auch nicht so, dass eine PUK schneller wäre als eine Untersuchung durch Dritte. Ich erinnere an 2003. Die Untersuchung dauerte ein halbes Jahr und einige Leute, zumindest aus unserer Fraktion, haben 50% ihres Arbeitspensums dafür aufgewendet.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die PUK ist da, um Vorkommnisse von grosser Tragweite zu untersuchen und wenn der Stadtrat eine besondere Abklärung für nötig hält. Sie ist also zunächst etwas, was im Ermessen des Stadtrats liegt. Grössere juristische Abklärungen, ob eine PUK nun richtig oder falsch sei, sind nicht nötig. Ich nehme es vorweg: Unsere Fraktion schliesst sich dem Antrag des Gemeinderats an. Ich möchte mich vor allem zum Aspekt „Von grosser Tragweite“ äussern. Ist das Ereignis wirklich von grosser Tragweite? Der BärenPark ist ein gelungenes Projekt, und dass die nötigen Abklärungen auf Bauseite nicht vorgenommen wurden, hat nicht zu Hangrutschungen in grossem Ausmass und damit zu grossen Schäden geführt, dank fachgerechter Intervention durch die Bauleitung vor Ort. Der BärenPark wird vermutlich ungefähr das kosten, was er wert ist, man hätte ihn wohl gar nicht viel billiger bauen können. Aber die Situation ist ärgerlich, auf jeden Fall bezüglich Kommunikation und es ist zu untersuchen, wie es dazu kam, dass die Öffentlichkeit, der Stadtrat und eventuell auch der Gemeinderat nicht informiert wurden. Das richtige Mittel dazu ist eine Administrativuntersuchung, denn für uns ist klar, dass es hier nicht um ein Ereignis von grosser Tragweite geht. Sempel gesagt: Die Stadt hat schon für Dümmeres 10 Millionen verbuttert als für einen BärenPark, der im Nachhinein allen gefällt. Sollte sich allerdings in der Administrativuntersuchung herausstellen, dass die Projektleitung oder die Leitung der StaBe und insbesondere die beteiligten Gemeinderats-Mitglieder über längere Zeit völlige Kenntnis der Situation hatten, so wäre dies tatsächlich ein Ereignis von grosser politischer Tragweite. In dem Fall würden auf unseren jetzigen Entschluss zurückkommen und man müsste ganz klar noch einmal über eine PUK sprechen.

Thomas Göttin (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich bin froh, ist Peter Künzler am Schluss noch auf die Rolle der Gemeinderatsmitglieder zu sprechen gekommen, denn ganz ohne politischen Schaden ist die Sache nicht. Der Schaden ist sogar gross und man kann kaum von „Mit Kanonen auf Spatzen schiessen“ sprechen. Der Schaden ist auch in der Öffentlichkeit gross, unsere Fraktionsmitglieder werden immer wieder auf das Debakel angesprochen. Und trotzdem ist auch die SP gegen eine PUK. Eine PUK ist das stärkste parlamentarische Mittel und soll nur zum Einsatz kommen, wenn alle andern Mittel versagen und wenn das Funktionieren der Behörden, insbesondere des Gemeinderats, in Frage gestellt ist. Das ist hier nicht der Fall. Aus dem gleichen Grund hat die SP zusammen mit der FDP auch die PUK-Forderung im Sozialhilfebereich abgelehnt. In beiden Fällen sind genügend Instrumente zur politischen Aufarbeitung vorhanden und sie werden auch eingesetzt. Wir wehren uns dagegen, dass man bei jeder grösseren Konfliktsituation gleich nach einer PUK ruft. Das ist ein Schwächezeichen des Parlaments, das seinen anderen Instrumenten nicht mehr traut. Verständnis haben wir für fraktionslosen Parlamentarier. Aber gerade sie haben ja eine Art vogelfreie Rolle, sie pflegen diese Rolle und vermutlich hätten sie auch in der PUK keine andere Rolle oder wären dort gar nicht eingebunden. Es ist fraglich, ob die Voraussetzungen für das Einsetzen eine PUK gegeben sind. Dazu braucht es einen klaren politischen Willen, es braucht genügend juristische und administrative Ressourcen im Sekretariat, auch bei externer Unterstützung, und es braucht genügend belastbare und konsensfähige Milizpolitikerinnen und -politiker. Und es ist eine grosse Frage, ob ein Resultat noch vor der Volksabstimmung zur Feuerwehrkaserne vorläge, wie dies ja gefordert wurde.

Die SP erwartet von der Administrativuntersuchung, dass sie die Fakten klärt, auf den Tisch legt und bewertet: Wer hat wann was gewusst? Wer hätte es wissen müssen, wer hat gehandelt oder nicht gehandelt und was sind die Konsequenzen? Im Unterschied zum Bericht Walter von 2007 erwarten wir, dass der Auftrag bekannt wird, dass Ressourcen bereitgestellt werden, dass die juristischen Vorgaben einer Administrativuntersuchung tatsächlich gelten und natürlich auch, dass die Ergebnisse integral veröffentlicht werden und dem Stadtrat vor-

liegen. So wie sich der Gemeinderat gestern geäußert hat, gehen wir davon aus, dass er diese Forderungen umsetzen wird.

Wir erwarten, dass der Gemeinderat die nötigen Konsequenzen aus der Untersuchung ziehen wird. Und wir sind überzeugt, dass der Stadtrat auf der Grundlage der Resultate und mit den hängigen Vorstößen z.B. zu den StaBe in der Lage ist, die politische Aufarbeitung zu diskutieren und zu beurteilen. Selbstverständlich erwartet die SP damit auch, dass die politisch wichtigen Fragen, auch die nach der Rolle der Gemeinderatsmitglieder, auf den Tisch kommen. Unsere Erwartungen an die Administrativuntersuchung sind hoch. Wir geben dem Gemeinderat diese Chance. Wir geben ihm nur diese Chance, aber die geben wir ihm.

Hasim Sançar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Luzius Theiler stellt einen Antrag auf eine PUK zur Untersuchung der Kostenexplosion beim BärenPark. Nun hat der Gemeinderat aber bereits eine Administrativuntersuchung veranlasst. Eine PUK ist sicher spannend und hat ihren Reiz. Gerade in diesem speziellen Fall wäre sie besonders attraktiv, denn man würde wohl einiges entdecken, das schlecht gelaufen ist und man würde Schwachstellen erkennen, die in Zukunft zu ähnlichen Pannen führen könnten. Die StaBe und die involvierten Gemeinderäte haben den Hang beim BärenPark, so schön er von der Brücke her aussehen mag, in einen Sumpf verwandelt. Die Rutschgefahr ist vielleicht technisch gebannt, nicht aber politisch. Ein Fehler nach dem anderen, das ist die traurige Realität beim in den Worten von Pedro Lenz teuersten Bärengefängnis der Welt. Es macht dennoch wenig Sinn, jetzt eine PUK einzusetzen. Der Gemeinderat hat etwas gelernt und ist zum klugen Entscheid gelangt, dass eine Administrativuntersuchung durch eine externe Fachperson sinnvoll wäre. Auch aus unserer Sicht hat eine derartige Untersuchung Vorteile. Eine externe Fachperson sollte die Untersuchung unbefangen durchführen können und der zeitliche Aufwand ist bestimmt kleiner als bei einer PUK. Die Fraktion GB/JA! ist nicht prinzipiell gegen das Instrument PUK. Wir sind aber der Meinung, in der jetzigen Situation sei eine Administrativuntersuchung geeigneter. Wie der Gemeinderat erwähnt, kann die AK gezielt Fragen in diese Untersuchung einfließen lassen. Nach der Veröffentlichung des Berichts wird man schauen müssen, ob alle Fragen restlos geklärt sind. Falls dies nicht der Fall ist, kann immer noch eine PUK eingesetzt werden oder die AK könnte selber aktiv werden, was wir aus heutiger Sicht vorzögen. Damit der Bericht so umfassend wie möglich wird, ist es unabdingbar, dass die Untersuchung nicht nur technische Fragen stellt. Wichtig ist die Klärung der Rollen, welche die einzelnen Gemeinderätinnen und der Gesamtgemeinderat in dieser Sache gespielt haben. Die von Luzius Theiler gestellten Fragen müssen beantwortet werden. Er weist zu Recht auf die Antwort des Gemeinderats vom 4. Juni dieses Jahres auf unseren Vorstoss hin. Unter dem Titel „Ein finanzielles Loch unter dem tiefen Bärengraben!“, fragten wir schon damals nach der aktuellen finanziellen Situation bezüglich Gesamtkosten. Was antwortete der Gemeinderat damals? Ich zitiere: „Der aktuelle Kostenvoranschlag, der von den StaBe berechneten Gesamtkosten beläuft sich auf 14.5 Mio. Franken.“ Heute wissen wir es besser, der Titel passt exakt zur Geschichte. Am 20. August 2009 stellten wir in einer Interpellation dieselbe Frage, die Tatsachen kamen schneller an die Oberfläche als die Antwort des Gemeinderats in den Rat. Wenn wir vom Gemeinderat eine Antwort erhalten, so gehen wir davon aus, dass sie auch stimmt, vor allem wenn es um Geldfragen geht. Es stellt sich die Frage, wie wir dem Gemeinderat Glauben schenken dürfen und es gibt einen weiteren Riss im Vertrauensverhältnis. Da hilft die Untersuchung auch nicht weiter. Wir war es möglich, dass die StaBe es sich leisten konnten, die AK nicht rechtzeitig zu informieren, dies trotz Gesprächen, die zwischen den StaBe in Begleitung des Gemeinderats und der AK stattgefunden hatten? Wäre es nicht Pflicht des Gemeinderats, die StaBe dazu zu verpflichten, die Kommission zu informieren, wenn sie es schon nicht aus eigener Initiative machen? Auch dieser Frage müsste die Administrativuntersuchung nachgehen, nicht zuletzt,

um dem Vertrauen in den Gemeinderat wieder Boden zu geben. Die Fraktion GB/JA! zieht zur gegebenen Zeit eine Administrativuntersuchung vor und lehnt den Antrag für eine PUK ab.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich nehme es vorneweg: Unsere Fraktion unterstützt den Antrag von Luzius Theiler, für die Aufarbeitung des BärenPark-Schlamassels eine Untersuchung einzuleiten, weil wir in dieser Frage für absolute Transparenz sind. Eine derartige Einigkeit mit dem Antragssteller hat es in unserer Fraktion noch nie gegeben. Wir sind nicht der Meinung, man müsse für alles und jedes eine PUK einsetzen. Aber die Unklarheiten, die Ungereimtheiten, die Gerüchte und schliesslich die Tatsache, dass bis heute nicht klar ist, was für Kosten auf die Steuerzahlenden zukommen, rechtfertigt aus unserer Sicht die Einsetzung einer PUK. Alle, die das nicht so sehen, negieren den Unmut, die Wut und das Unverständnis der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern über das Debakel. Daran messen wir die Tragweite dieses Ereignisses. Die Alternativlösung, die uns der Gemeinderat anbietet, ist keine Lösung. Das sagt er ja selbst, wenn er vorschlägt, man könne nach dem Abschluss der Administrativuntersuchung immer noch eine PUK einsetzen. Diese Logik ist aus unserer Sicht unverständlich und zeugt von sehr wenig Verständnis für das Bedürfnis nach Aufklärung. Wie ernsthaft sich der Gemeinderat an die Untersuchung machen will, messen wir an dem, was wir bis heute gesehen und gehört haben. Am 14. Oktober 2009 konnten wir lesen, der Gemeinderat wolle eine Administrativuntersuchung einleiten. Gestern, also genau einen Tag vor der Debatte hier im Stadtrat, hat er auch angekündigt, wer die Untersuchung durchführt. Wahrscheinlich hat es ihm unter den Nägeln gebrannt und er muss die Gemüter besänftigen. Wir gehen davon aus, dass man gewisse Sachen auch aussitzen kann. Dringliche Vorstösse, die hätten Licht ins Dunkel bringen sollen, sind verschoben worden. Mit diesen Tatsachen steht die Administrativuntersuchung schon vor Beginn in einem schiefen Licht. Wir stehen dazu, dass für uns in dieser Angelegenheit ein Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat besteht und er hat bis jetzt nichts unternommen, um dieses Misstrauen zu bekämpfen. Und zu guter Letzt: Wie soll eine Untersuchung die Fakten auf den Tisch bringen, wenn zwar alle Befragten Auskunft geben, sich aber nicht belasten müssen? Eine derartige Untersuchung ist nutzlos und darum fordert die Fraktion BDP/CVP den Stadtrat auf, dem Antrag von Luzius Theiler zuzustimmen. Nur so kann das Debakel BärenPark seriös und zielgerichtet aufgearbeitet werden.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Schlimmer als in einer Bananenrepublik ist es in der Stadt Bern. Alle versuchen, ihre Gemeinderats-Mitglieder möglichst gut zu decken, damit nicht ans Licht kommen kann, dass vielleicht auch auf anderer Seite Fehler gemacht wurden. Es kann doch nicht sein, dass der Gemeinderat jemanden damit beauftragt, diesen Fall zu untersuchen. Es ist doch klar, dass der Auftraggeber so ungeschoren davon kommen wird. Oder glauben Sie, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber belasten wird? Darum müssen wir zwingend eine PUK einsetzen. Ich kann ein Beispiel geben: Ein Grund für die Mehrkosten sei die Instabilität des Hangs gewesen. Nach ersten Probebohrungen hätten die Geologen gemäss Aussagen in den Medien empfohlen, weitere Bohrungen vorzunehmen, sie wurden aber schlussendlich nicht gemacht. Wer hat diesen Entscheid gefällt? Ich glaube nicht, dass ihn die StaBe allein gefällt haben, denn wer hatte das oberste Finanzregime? Wer hat gesagt, der BärenPark werde durch Spenden finanziert? Der Gemeinderat hatte vielleicht zum damaligen Zeitpunkt ein Interesse daran, dass nicht weiter gebohrt wurde, weil er Spenden gesucht hat, diese Bohrungen aber vielleicht 150'000 Franken mehr gekostet hätten. Jetzt ist das Geld ausgegeben, wir werden es nicht mehr zurück erhalten. Aber wo ist jetzt die ganz grosse Gefahr? Momentan sind für die Öffentlichkeit und für die Medien, vor allem durch Aussagen von Linken, zu 100% die StaBe schuld. Da bin ich mir nicht so sicher und darum muss man seriös abklären, wer an diesem Debakel schuld ist. Dadurch könnten wir die StaBe vielleicht von

einem Teil der Schuld entlasten. Der Fraktion SP/JUSO geht es wahrscheinlich nur darum, die Hypothek BärenPark möglichst den StaBe anzulasten, weil sie sie schon längst wieder in die Stadtverwaltung zurückführen möchte. Wir haben durch die Einführung der StaBe sehr viel Geld gespart. Vorher wussten wir gar nicht, was alles der Stadt gehört, die städtische Liegenschaftsverwaltung wusste nicht, wer Mieter war in ihren Wohnungen und manche Mieter mussten nicht einmal Mietzins bezahlen, das hat niemand bemerkt. Es herrschte ein Chaos und die StaBe haben aufgeräumt. Man muss der Frage auf den Grund gehen, wer schuld ist, aber bestimmt nicht so, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Das wird ein Gefälligkeitsgutachten werden für den Gemeinderat, hier wird reine Vetternwirtschaft betrieben. Und die Linke ist natürlich auch gegen eine PUK, weil sie möglichst viele Argumente haben will, um die StaBe wieder in die Stadtverwaltung eingliedern zu können. Es geht hier nicht um ein Ereignis von geringer Tragweite, sondern es geht erstens um 13 oder 14 Mio. Franken, die die Steuerzahlenden wahrscheinlich am Schluss berappen müssen, obwohl man ihnen versprochen hatte, der BärenPark werde sie nichts kosten, und zweitens gibt es die Problematik der StaBe. Die Fraktion SVPplus ist klar der Meinung, dass wir sofort eine PUK einsetzen müssen. Aber wie es im Moment im Rat tönt, sieht es eher nach „Sauhäfeli-Saudeckeli“ aus.

Jan Flückiger (GLP) für die Fraktion GLP: Auch die GLP unterstützt den Antrag von Luzius Theiler. Wir haben ihn ja mit unterschrieben. Warum unterstützen wir den Antrag? Der Gemeinderat ist im Falle des BärenParks der Besteller, er sagt, die Steuerzahlenden werde das nichts kosten und er sitzt im Verwaltungsrat. Barbara Hayoz war bereits im März über die Mehrkosten informiert. Die Fragen, die sich stellen: Hat sie den Gemeinderat informiert? Wenn Ja, was hat er mit dieser Information gemacht? Wenn Nein, warum hat sie nicht informiert? Der Gemeinderat sitzt mit zwei Personen im Lenkungsausschuss des Projekts BärenPark und hat die Mehrkosten nicht verhindern können. Er war also nicht informiert oder hat es nicht für nötig befunden, mit dieser Information an den Stadtrat zu gelangen. Und der Gemeinderat ist nicht nur Besteller, oberster Kontrolleur, Teil des Verwaltungsrats und des Lenkungsausschusses, sondern er soll jetzt auch noch die vorgesehene Untersuchung leiten. Wie wird er die Fragen stellen können, die wirklich schmerzen? Wird er diese Fragen stellen? Natürlich nicht. Wird Alt-Oberrichter Ueli Hofer, der Beauftragte, schonungslos aufdecken? Natürlich nicht. Es heisst, der Gemeinderat müsse sich im Falle einer Administrativuntersuchung nicht selber belasten. Was stellt man sich denn vor? Dass er sich freiwillig selber belastet oder sogar seine Kollegen in den Schmutz zieht? Bestimmt nicht. Er wird sich wie immer gegenseitig decken und in diesem Bericht wird nichts stehen über Verfehlungen des Gemeinderats. Genau darum muss der Stadtrat in dieser Untersuchung das letzte Wort haben. Auch eine PUK könnte Ueli Hofer beauftragen und ihm einen Fragenkatalog mitgeben, es ist nicht so, dass sie diese Untersuchung zwingend selber und in der Freizeit durchführen müsste. Und der Stadtrat könnte am Schluss sagen, ob er mit den Antworten zufrieden sei und er könnte, und das ist das Entscheidende, darüber entscheiden, ob der Bericht publiziert wird und zwar in seiner vollen Länge. Ich erinnere an die Untersuchung des Finanzinspektors im Sozialdienst. Da hat der Gemeinderat recht freimütig darüber entschieden, ob und welche Teile des Berichts er veröffentlicht und welche lieber nicht und welchen Teil er nach den Wahlen noch rasch ins Internet stellt. In diesem Sinn: Ja, Herr Tschäppät, es ist ein Misstrauensvotum des Parlaments, denn das Parlament hat schon genügend Erfahrungen gemacht mit derartigen Untersuchungen und mit dem Kommunikationsverhalten des Gemeinderats in diesem Zusammenhang. Noch etwas zur Tragweite: Man kann zwar sagen, 10 Mio. Franken seien nicht sehr viel und die Stadt habe schon für Dümmeres so viel ausgegeben, aber es geht hier um das Prinzip. Es ist kein Einzelfall, wir haben das Forsthaus, wir haben andere Fälle und es wird diese Art von Fällen immer wieder geben. Der BärenPark zeigt exemplarisch, wie der Gemeinderat mit Steuergeldern umgeht oder mit der Verantwortung beim Ausgeben von

Steuergeldern. Wenn man am Anfang verspricht, es werde die Steuerzahlenden nichts kosten und am Schluss kostet es sie 23 Mio. Franken, man hat es aber nie für nötig befunden, den Stadtrat oder die Öffentlichkeit über die Entwicklungen zu informieren, so ist dies eine grobe Verfehlung. Und zum Schluss noch eine Bemerkung an die FDP: Ich stelle mir vor, wie die FDP gepoltert hätte, es brauche eine PUK und Frau Olibet müsse zurücktreten, wenn das Ganze in deren Direktion geschehen wäre. Jetzt, wo Frau Hayoz in der Schusslinie ist, will man von einer PUK oder von der Verantwortung des Gemeinderats nichts wissen. Ich fasse zusammen: Wir sind klar der Meinung, es brauche diese PUK. Wie sie vorgehen kann, ohne dass es zu einer ausufernden Arbeit für den Stadtrat kommt, lässt sich regeln.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Ich danke für die kleine politische Unterweisung: Fraktionsfrei gleich Voggelfrei – das hat etwas an sich. Wenn der Respekt vor den minderheitlichen Stimmen weg ist, muss man offensichtlich zusammenrücken. Für die PdA Bern stellen sich drei Fragen. Die erste Frage: Wer hat Angst vor einer PUK? Eine der Hauptdarstellerinnen im Fall BärenPark kann heute leider nicht befragt werden, sie befolgt das fastnächtliche Bärenmotto „Ich bin dann mal weg.“ Da ist aber schon der Leiter der Administrativuntersuchung, und zwar im Auftrag des Gemeinderats und interessanterweise einen Tag vor der Stadtratsdebatte über die Einsetzung einer PUK. Die zweite Frage: Wem soll hier Sand in die Augen gestreut werden? Vor sehr kurzer Zeit noch haben in diesem Saal fast alle Fraktionen gepoltert und Konsequenzen und Köpfe gefordert und jetzt sind die meisten still geworden und reden alles klein zu Unterlassungssünden und zu Kommunikationspannen. Es steht Ihnen niemand im Weg, wenn Sie privat so locker mit Kostenüberschreitungen umgehen wollen. Hier reden wir aber weder von privaten Geldern noch von einem Trinkgeld. Die dritte Frage: Von welchen Verantwortlichkeiten soll hier abgelenkt werden? Die PdA Bern hat absolut kein Verständnis dafür, dass genau die, die mit in den Fall BärenPark verstrickt sind, den Auftrag für eine Administrativuntersuchung erteilen. Das ist reinste Kabinettpolitik. Wozu haben wir denn die Einrichtung PUK? Doch wohl, um Transparenz zu schaffen und die ist hier dringend nötig. Die überstürzte Einleitung einer Untersuchung und der Versuch von fast allen Seiten, uns die PUK auszureden, bestätigen uns in unserer Haltung. Die PdA hält an der Einsetzung einer PUK fest. Alles andere würde für uns bedeuten, das Heft aus der Hand zu geben. Wir haben die Wahl.

Rudolf Friedli (SVP): Ich möchte meinem Fraktionskollegen Erich Hess widersprechen, wonach Ueli Hofer ohnehin nur einen Gefälligkeitsbericht erstellen werde und distanzieren mich von dieser Aussage. Ich habe mit Ueli Hofer zusammen früher einmal eine Untersuchung durchgeführt und weiss, dass er diesbezüglich keine Probleme hat. Wer Angst hat vor einer PUK, hat etwas zu verstecken. Vielleicht sind es gewisse Gemeinderats-Mitglieder, die etwas zu verstecken haben? Das würde erklären, warum die FDP plötzlich dermassen juristisch argumentiert mit dem Fehlen der „grossen Tragweite“. Das mag juristisch stimmen, aber wir haben hier als politisches Gremium über die Einsetzung einer PUK zu entscheiden. Was bringt uns eine PUK? Sie hätte umfassende Möglichkeiten, die Sache abzuklären, aber wie gesagt spricht juristisch einiges dagegen. Was bringt uns eine Administrativuntersuchung? Jan Flückiger hat es gesagt: Bei einer Administrativuntersuchung müssen die Gemeinderatsmitglieder als Auskunftspersonen antreten, aber sie müssen sich nicht selber belasten und in dem Fall kann Ueli Hofer ja nichts aufdecken, was gegen den Gemeinderat spräche. Man muss auch nicht meinen, eine Administrativuntersuchung habe direkte personelle Konsequenzen. Vielleicht wird man zwar feststellen, jemand in den StaBe oder in einem anderen Gremium sei nicht ganz korrekt vorgegangen, aber damit ist diese Person immer noch auf

ihrem Posten. Eine Administrativuntersuchung bringt also nichts, ausser ein paar zusätzlichen Ordnern im Büchergestell. Damit wäre eine PUK das einzig sinnvolle Mittel, aber eine PUK braucht viel Zeit und ich weiss nicht, ob man im Rat diese Zeit wirklich hätte, ich jedenfalls hätte sie nicht. Ich bin dafür, dass man gar nichts unternimmt.

Robert Meyer (SD): Ich unterstütze die Einsetzung einer PUK vor allem aus zwei Gründen. Der erste: Es geht nicht um einen Einzelfall, sondern es ist das zweite grössere Projekt, in dem es zu massiven Kostenüberschreitungen kommt und da stellen sich Fragen wie: Ist da wirklich nur die Geologie schuld, hat man also einfach Pech gehabt? Oder steckt eventuell eine gewisse Systematik dahinter, indem man Grossprojekte anreisst und Mehrkosten lange verschweigt und wenn man es schliesslich sagt, muss die Stadt wohl oder übel bezahlen? Der zweite Grund: Ich habe die Voten der Pressekonferenz vor der BärenPark-Eröffnung genau gelesen und diese Voten haben mir einen schlechten Eindruck gemacht. Sie lassen sich zusammenfassen unter „Munteres Schwarzpeterspiel“: Man hat verschiedene Akteure, jeder ist ein wenig wütend auf den anderen. Ein Gemeinderat, der selber zwei Verwaltungsräte in den StaBe hat, der im Lenkungsausschuss vertreten ist, tut so, als sei er völlig überrascht worden, sagt, wie wütend er auf die StaBe sei und empört sich. Dann kommt der Verwaltungsratspräsident der StaBe, tut ebenfalls so, als hätte er das alles erst im letzten Moment mitbekommen und dann kommt schliesslich noch Herr Lanzrein, der so genannte CEO der StaBe, und auch er übernimmt natürlich keine Verantwortung. Das ist es, was in der Öffentlichkeit einen schlechten Eindruck gemacht hat: Es gibt eine massive Kostenüberschreitung, aber niemand stellt sich hin und sagt, ja, ich habe Fehler gemacht. Ein Rücktritt dieses CEO z.B. hätte den politischen Druck oder diesen Vertrauensverlust stark gemindert. Ich fordere nicht, dass er entlassen wird, ich würde fordern, dass er zurücktritt. Ich möchte die Schuldfrage nicht vorwegnehmen, das müsste eine PUK aufdecken, aber Herr Lanzrein hat eine massive Informationspanne verursacht. Er hat viel zu spät publik gemacht, wie teuer das Ganze wird, zudem hat er Dramatisierungen in die Welt gesetzt, wonach gewissermassen Gefahr für Leib und Leben bestanden habe, weil der ganze Hang abzurutschen drohte. Dem wurde aber von Fachleuten widersprochen. Und eine letzte Informationspanne war, dass er grossspurig sagte, die StaBe könnten das alles aus ihren Reserven finanzieren und später hat sich herausgestellt, dass diese Reserven zweckgebunden sind für etwas anderes. Das alles hinterlässt einen sehr schalen Beigeschmack. Wie bereits gesagt, darf man von einer internen Administrativuntersuchung nicht zuviel erwarten, wenn sie von denen eingesetzt ist, die überall mit drin gesessen haben und die unter Umständen eine Mitverantwortung tragen. Darum bitte ich um Zustimmung zu einer PUK.

Christoph Zimmerli (FDP): Nach meiner Auffassung geht eine PUK völlig an der Sache vorbei. Aufgabe von uns Stadtparlamentariern und Stadtparlamentarierinnen ist doch in erster Linie, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv zu werden. Da gäbe es in dieser Stadt weiss Gott Handlungsbedarf, insbesondere in wirtschaftlicher oder steuerlicher Hinsicht. Ich frage mich, wie wir dem Volk dienen, wenn wir uns jetzt für ein halbes Jahr oder noch länger mit einer PUK beschäftigen. Und ich frage mich des Weiteren, ob in der gegebenen Situation, wo es um einen ausgelagerten Betrieb geht, die PUK überhaupt das richtige Mittel ist. Das wirkliche Problem ist, dass man in der Stadtverwaltung wie auch in den ausgelagerten Betrieben nicht genügend qualifiziertes Personal hat und das wiederum hat mit dem zu tun, was ich hier schon mehrfach moniert habe, dass man nämlich keine anständigen Löhne bezahlt. Wenn man qualifizierte Leute hätte, würde so etwas, wie es jetzt passiert ist, nicht passieren. Und noch eine Replik an Jan Flückiger: Die FDP war auch in Sachen Sozialamt gegen die Einsetzung einer PUK. Es geht der FDP also durchaus um objektive Erwägungen nicht um den Schutz der eigenen Gemeinderätin.

Peter Bühler (SVP): Es ist interessant, dass die, die sonst immer sagen, jawohl, man müsse etwas unternehmen, man müsse eine PUK unterstützen, jetzt plötzlich nicht mehr wollen. Wenn man bei den Leuten im Parlament ein wenig nachfragt, wer denn eigentlich in diesem Verwaltungsrat etc. sitze, fällt garantiert der Name von Barbara Hayoz, dann ist Schweigen. Auf Nachfrage erfährt man dann vielleicht noch, dieser oder jener sei auch noch dabei, aber dass Edith Olibet ebenfalls drin sitzt, wissen die wenigsten, dabei ist sie der Grund, warum die SP daran interessiert ist, dass es keine PUK gibt. Bei der FDP, muss man wissen, gibt es gewisse Differenzen. Die einen wollen ihre Gemeinderätin schützen, wie es die Roten auch machen, und eine Minderheit sagt, machen wir doch diese PUK und schauen wir, was dabei herauskommt. Dieses Spielchen muss man natürlich verstehen, wenn plötzlich zwei Mitglieder des Gemeinderat im Visier sind, je eines von jeder Seite. Ich bin erstaunt, wie offen man zu gibt, dass man nichts unternehmen will, nach dem Motto: „Behalten wir lieber den Deck drauf, denn es könnte eine Schweinerei ans Licht kommen“.

Jimmy Hofer (parteilos): Beim Beauftragten für die Untersuchung handelt es sich um einen hohen Obergericht und wahrscheinlich hat unser Stadtpräsident gesagt: „Kollega, schau doch einmal, wir haben da ein Problem.“ Da kann man sicher sein, dass keine Krähe der anderen ein Auge aushackt. Und wenn man die Parteizugehörigkeit dieses Mannes anschaut, so kann man sicher sein, dass er auch einer gewissen Gemeinderätin nicht zu stark an den Karren fährt. Für die, die nicht involviert sind und das Ganze eher aus der Zeitung verfolgen, sieht das eher nach Hohn und nach Vertuschungsaktion aus. Hier haben wir als Parlament die Verantwortung. Die, die im Schlamassel stecken, sollen sich nicht selber beurteilen lassen, und dies erst noch durch jemanden, von dem böse Zungen behaupten könnten, er werde ein Gefälligkeitsgutachten abliefern. Die Tragweite des Ereignisses wurde hier abgestritten. Was muss denn noch passieren? Grösser kann die Tragweite doch fast nicht sein, mit der Involvierung des Gemeinderats im Lenkungsausschuss und im Verwaltungsrat. Ich weiss, Verwaltungsräte haben nichts zu befürchten, wir haben das bereits bei der Swissair gesehen, aber dieses Spielchen müsste man ja hier nicht weiter treiben. Die PUK ist das einzige Mittel für das Parlament, um Druck aufzusetzen. Wenn wir in einem halben Jahr feststellen, dass nichts herausgekommen ist und dann noch eine PUK einsetzen, ist bereits Gras über die Sache gewachsen. Der Hang ist nicht abgerutscht, der Bärenpark ist wieder grün und vielleicht hat es sogar herzige junge Bärchen und alle finden, das sei doch nicht mehr nötig, man bezahle halt jetzt diesen Obolus. Aber wir werden ja gleich eine Schönwetterrede unseres Stadtpräsidenten hören, der die Sonnenseite dieses Debakels beleuchten und alles ins rechte Licht rücken wird und wir werden erfahren, dass alles nicht so schlimm ist.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich möchte alle, die jetzt einheizen und eine PUK fordern, bitten, wieder auf den Boden zurück zu kehren. Die PUK ist das schärfste Instrument, das ein Parlament überhaupt zur Verfügung hat. Dolores Dana hat einige Beispiele auf eidgenössischer Ebene für den Einsatz einer PUK erwähnt. Wenn wir im jetzt diskutierten Fall eine PUK einsetzen, ist dies nicht nur ein Verhältnisblödsinn, sondern es wertet auch das Instrument als solches ab. Es geht hier überhaupt nicht darum, jemanden zu schützen, weder unsere Gemeinderätin noch die beiden anderen Gemeinderats-Mitglieder, die in die Geschichte involviert sind und auch nicht den Gemeinderat integral. Gehen wir doch schrittweise vor. Im Rahmen dieser Administrativuntersuchung, die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hat, und zwar bei jemandem, Jimmy Hofer, der bewiesen hat, dass er in der Lage ist, eine derartige Untersuchung unabhängig durchzuführen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteizugehörigkeiten oder andere bestehende Beziehungen, soll folgendes untersucht werden: Die Rolle des Gemeinderats, des Verwaltungsrats der StaBe, der Geschäftsleitung der StaBe, des CEO der

StaBe, des Leitungsausschusses, der Projektleitung, des Bautreuhänders so wie weiterer in die Projektorganisation involvierter Gremien und Personen. Weiter kann man den Kreis nicht ziehen. Im Übrigen läuft in dieser Angelegenheit auch noch ein Prozess. Seien Sie doch vernünftig. Warten wir ab, was die Untersuchung bringt, warten wir ab, was der Gerichtshandel bringt und wenn nachher noch der geringste Verdacht besteht, dass nicht alles auf den Tisch gekommen ist, ist die FDP-Fraktion die erste, die mithilft, eine PUK einzusetzen.

Peter Wasserfallen (SVP): Der gleiche Gerichtspräsident, den man jetzt mit einer Administrativuntersuchung betreuen will, hat bereits in der Affäre 2003 oder Affäre Kurt Wasserfallen oder wie man es auch nennen will, eine Untersuchung durchgeführt, im Auftrag des Gemeinderats und – man kann diese Aussage interpretieren, wie man will – zur Zufriedenheit der Auftraggeber. Die PUK 2003 war eine reine Inquisition gegen meinen Vater, aber diesmal haben wir wenigstens die Chance, etwas auszurichten, denn es geht nicht nur um den Bären-Park, sondern generell um die StaBe und um die Verantwortung des Gemeinderats in der StaBe auch in Sachen Feuerwehrstützpunkt etc. Es geht hier um ein Milliardenportefeuille und darum, wo generell die Fehler in der Organisation sind und nicht so sehr darum, ob Herr Lanzrein schuld sei oder nicht. Wir haben eine Motion eingereicht, die die StaBe erhalten will, aber so, dass sie sich verbessert. Mit einer PUK besteht die Chance, dass etwas Brauchbares zu Stande kommt. Sie muss ja nur gewisse Fragen klären und braucht am Schluss nicht ein Buch zu veröffentlichen, wie dies 2003 der Fall war.

Thomas Göttin (SP): Zum Fraktionschef SVPplus, der ein Chaos bei den Wohnungen bemüht hat: Das wäre beim Finanzvermögen und nicht bei den StaBe. Wir haben einige abstruse Gründe dafür gehört, warum die SP gegen eine PUK sei: Edith Olibet, Wiedereingliederung der StaBe in die Stadtverwaltung, Angst. Ich kann Ihnen versichern, das ist alles nicht so, es ist ganz einfach so, dass wir Gründe gegen eine PUK haben und die haben wir darzulegen versucht. Man darf sich der Skandalisierungslogik auch ein wenig entziehen. Die FDP treibt das zwar in anderen Fällen bis zum Äussersten, aber nicht, wenn es um eine PUK geht. Das müssen wir hier auch erwähnen. Ich sage es noch einmal: Für die SP ist klar, dass die Verantwortung inklusive die des Gemeinderats auf den Tisch kommen muss, und ich denke, mit den vorhandenen Instrumenten inklusive Motionen und was sonst noch am Laufen ist, ist eine politische Würdigung hier im Stadtrat möglich.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Die Einsetzung einer PUK ist letztlich ein Misstrauensvotum gegen eine Exekutive und ihre Verwaltung und das ist der Grund, warum ich das Geschäft vertrete, im Auftrag und im Namen des Gesamtgemeinderats. Zum jetzigen Zeitpunkt geht es um eine politische Frage über den Gesamtgemeinderat und nicht darum, einzelne Personen, die Mitglied sind z.B. im Verwaltungsrat oder im Lenkungsausschuss, zu Wort kommen zu lassen. Und wenn der Bericht vorliegt, wird die Diskussion über die Verantwortlichkeiten einzelner Person zu führen sein. Zur Frage, ob man eine PUK einsetzen wolle: Ich bin lange genug Jurist, ich war in der PUK zu den Fichen, ich weiss sehr genau, wovon ich spreche und ich kann Ihnen sagen: Ob man eine PUK einsetzen will oder nicht, ist keine juristische, sondern eine rein politische Frage, die Frage, was für ein politisches Zeichen man setzen will. Man muss also nicht juristisch argumentieren, 10 Mio. Franken seien nicht von grosser Tragweite. Die Verantwortung, ob man eine PUK einsetzen will, muss man auf der politischen Ebene sehen und diese Verantwortung trägt ausschliesslich der Stadtrat. Der Gemeinderat will Ihnen diese PUK nicht ausreden. Wenn Sie das Gefühl haben, Sie wollten eine PUK – ich habe überhaupt kein Problem damit. Die Frage ist nur, ob es das richtige Instrument ist und ob es das schlaudere Instrument ist. Das muss der Stadtrat hier und heute entscheiden. Der Gemeinderat hat vom ersten Augenblick an gesagt, er wolle eine lü-

ckenlose Aufklärung darüber, wie es zu diesen Kostenüberschreitungen kommen konnte und wir wollen eine lückenlose Aufklärung darüber, wie die Kommunikation so schief laufen konnte. Ich kann Ihnen sagen, ich hatte, was meine Rolle betrifft, selten ein so gutes Gefühl wie beim BärenPark. PUK oder Administrativuntersuchung, da schlafe ich genau gleich gut. Wenn Robert Meyer hier versucht, Verdächtigungen in die Welt zu setzen, zeugt das von schlechtem Stil. Dass der Gemeinderat gestern beschlossen hat, eine Administrativuntersuchung einzusetzen, hat mit Strategie gar nichts zu tun. Wenn Sie einen Experten suchen, ist klar, dass Sie mit verschiedenen Leuten verhandeln. Sie führen Gespräche, Sie stellen einen Fragenkatalog zusammen, Sie diskutieren ihn mit Experten. Das haben wir seit Wochen gemacht und das hat mit dem heutigen Tag nichts zu tun. Der Gemeinderat hat einen sehr breiten Fragenkatalog formuliert, er hat gesagt, er wolle alles wissen in Bezug auf die Kostenentwicklung, die Kostenexplosion und die Frage der Information und Kommunikation und er hat Ueli Hofer auch damit beauftragt, die Verantwortlichkeiten klar zu bezeichnen. Dabei hat er sich selber nicht ausgenommen. Eines kann ich Ihnen versichern: Mit einer PUK werden Sie nicht in der Lage sein, zeitlich gleich schnell voran zu kommen wie eine Administrativuntersuchung. Wenn Luzius Theiler behauptet, man spiele mit einer Administrativuntersuchung auf Zeit, so muss ich sagen: Gute Nacht mit einer PUK. Was es nicht geben wird, sind Paralleluntersuchungen. Wenn der Stadtrat eine PUK einsetzt, so werden wir Rede und Antwort stehen, wir werden den Bericht entgegen nehmen und als Gemeinderat kommentieren, aber wir werden nicht gleichzeitig eine zweite Untersuchung durchführen. Es kommt erschwerend dazu, dass noch Zivilklagen hängig sind und dass noch nicht klar ist, wer wann was entscheidet. Wie geht eine Administrativuntersuchung mit hängigen Zivilprozessen um? Was für mich unter jedem politischen Stil und politischen Anstand ist und was ich ganz klar und mit aller Schärfe zurückweisen muss ist, wenn Stadträte von dieser Seite (*zeigt auf die Seite der Rechten*) die Integrität und Unabhängigkeit von Ueli Hofer anzweifeln. Der Alt-Oberrichter Hofer hat eine hohe Akzeptanz, er hat während Jahrzehnten bewiesen, dass er unabhängig sein kann und ihn hier in irgendeiner Form in ein schlechtes Licht zu stellen, ist nicht zu akzeptieren. Wie gesagt, der Gemeinderat hat nichts zu verstecken. Es sind zwei Gemeinderäte im StaBe-Verwaltungsrat, im Lenkungsausschuss waren ebenfalls Vertreter des Gemeinderats. Es ist klar, dass wir die Rolle des Gemeinderats untersuchen müssen, wenn wir wissen wollen, was abgelaufen ist und wer welche Verantwortlichkeiten zu übernehmen hat. Der Gemeinderat hat den Eindruck, eine Administrativuntersuchung sei effizienter und schneller. Wenn der Stadtrat zum Schluss kommt, er wolle lieber eine PUK, so kann ich Ihnen sagen: Der Gemeinderat wird in einer PUK ebenso konstruktiv wie in einer Administrativuntersuchung mithelfen aufzuklären, wo die Fehler begangen wurden.

Jan Flückiger (GLP): Was der Stadtpräsident eben gesagt hat – der Gemeinderat habe kein Problem mit einer PUK, er sei offen dafür, wir sollten das entscheiden – kann man nicht so stehen lassen. Da frage ich mich, ob Herr Tschäppät ein Problem hat mit dem Gedächtnis. Bern, 5. November, ein Brief, unterschrieben vom Stadtpräsidenten; ich zitiere: „Bei dieser Ausgangslage scheint es dem Gemeinderat zur Zeit nicht angezeigt, eine parallele Untersuchung zum identischen Untersuchungsgegenstand unter Ägide einer PUK zu führen.“ In dem Fall hätte er damals schon schreiben können, man sei offen für eine PUK und überlasse die Entscheidung dem Stadtrat. Aber der ganze Brief ist darauf ausgerichtet, dass der Stadtrat eine PUK ablehnt und einer Administrativuntersuchung den Vorzug gibt.

Kurt Hirsbrunner (BDP): Ich bitte den Stadtpräsidenten, in Zukunft Leute, die er einer Aussage bezichtigt, mit Namen zu nennen und nicht nur mit der Hand auf eine Seite im Ratssaal zu zeigen.

Alexander Tschäppät: Zum Gedächtnisschwund: Sie müssen keine Angst haben, ich weiss schon, was wir letzte Woche geschrieben haben. Wenn wir sagen, im jetzigen Zeitpunkt mache es mehr Sinn, eine Administrativuntersuchung durchzuführen, so ist dies die Haltung des Gemeinderats. Das heisst nicht, dass wir Sie bevormunden wollen. Aber das wäre eine eigenartige Exekutive, die zu einer derart wichtigen Frage nicht einmal eine eigene Meinung haben und sie auch kundtun dürfte. Sie können doch nach wie vor die Hand so aufhalten, wie Sie wollen. Und wie die beiden Herren dort drüben heissen, wissen sie bestens selber.

Jimmy Hofer (parteilos): Es geht natürlich nicht darum, dass man Ueli Hofer persönlich misstraut. Ich kenne ihn persönlich, er ist ein sehr integrierter Mann. Was ich meinte und ich habe es glaube ich auch deutlich genug gesagt: Wir haben auch noch ein Volk, es gibt auch Leute, die nicht hier im Saal sitzen und die das nicht so detailliert mitbekommen. Was denken diese Leute wohl? Ein Gerichtspräsident tut wieder einmal mit einem Gerichtspräsidenten... Das wollte ich sagen. Ich habe Ueli Hofer anlässlich meiner Verurteilung kennen gelernt und muss sagen, er hatte Recht. Ich habe meine Busse verkraften können und heute stehen wir auf gutem Fuss miteinander. Mir aus dem, was ich gesagt habe, einen Strick drehen, das darf auch der Stadtpräsident nicht.

Jan Flückiger (GLP): Zwei Fragen an Alexander Tschäppät, die er mit Ja oder Nein beantworten kann: Wird der Fragenkatalog für die Administrativuntersuchung veröffentlicht? Wird das Resultat der Administrativuntersuchung der Öffentlichkeit präsentiert und lückenlos publiziert?

Stadtpräsident Alexander Tschäppät: Der Fragenkatalog wurde in der AK verteilt und angesichts der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen gehe ich davon aus, dass wir nicht mehr für seine Verbreitung sorgen müssen, das wird das Parlament selber übernehmen. Was den Bericht angeht, kann ich gern noch einmal sagen, was wir immer gesagt haben: Er soll integral veröffentlicht werden. Alt-Oberrichter Ueli Hofer hat allerdings eine Einschränkung gemacht und gesagt, er werde dafür sorgen, dass datenschützerische Erkenntnisse, die man nicht weitergeben darf, anonymisiert werden. Ansonsten wird der Bericht, so wie er erstellt wird, der Öffentlichkeit und auch dem Stadtrat zugänglich sein.

Jan Flückiger (GLP): Ich habe gefragt, ob der Fragenkatalog veröffentlicht werde. Ich gehe nicht davon aus, dass Dokumente, die den Mitgliedern der AK zur Verfügung gestellt werden, öffentlich sind. Andernfalls gäbe es so etwas wie ein Kommissionsgeheimnis in der Stadt Bern nicht mehr.

Stadtpräsident Alexander Tschäppät: Es ist überhaupt kein Problem, diesen Fragenkatalog zu veröffentlichen, es gilt das Öffentlichkeitsprinzip für die Bernische Verwaltung. Sie werden sehen, dass er gar nicht so viele Fragen enthält. Er ist so weit und so breit gefasst, dass praktisch alles darin Platz hat. Es gibt keinen Grund, ihn nicht zugänglich zu machen, wenn er einmal definitiv verabschiedet und der Auftrag unterschrieben ist.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag Theiler auf Einsetzung einer PUK ab (27 Ja, 34 Nein, 7 Enthaltungen).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Vinzenz Bartlome, Thomas Begert, Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Peter Bühler, Regula Fischer, Jan Flückiger, Rudolf Friedli, Simon Glauser, Claude Grosjean, Beat Gubser, Erich J. Hess, Kurt Hirsbrunner, Jimmy Hofer, Ueli Jaisli, Vania Kohli, Michael

Köpfli, Edith Leibundgut, Claudia Meier, Robert Meyer, Martin Schneider, Tanja Sollberger, Luzius Theiler, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Béatrice Wertli, Rolf Zbinden.

Mit Nein stimmen: Hans Peter Aeberhard, Giovanna Battagliero, Rithy Chheng, Conradin Conzetti, Dolores Dana, Bernhard Eicher, Susanne Elsener, Tania Espinoza, Urs Frieden, Jacqueline Gafner Wasem, Jeannette Glauser, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Mario Imhof, Peter Künzler, Lea Kusano, Annette Lehmann, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Christine Michel, Nadia Omar, Stéphanie Penher, Hasim Sancar, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Aline Trede, Nicola von Greyerz, Tanja Walliser, Manuel C. Widmer, Christoph Zimmerli.

Enthaltungen: Cristina Anliker-Mansour, Lea Bill, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Rahel Ruch, Gisela Vollmer.

Abwesend: Michael Aebersold, Rania Bahnan Buechi, Kathrin Bertschy, Thomas M. Bürki, Natalie Imboden, Dannie Jost, Daniel Klauser, Philippe Müller, Pascal Rub, Martin Trachsel, Beat Zobrist.

Präsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

2 Erneuerung Verkehrsrechner VSR16M76; Ausführungskredit

Geschäftsnummer 09.000315 / 09/342

Gemeinderatsantrag

1. Das Projekt Erneuerung Verkehrsrechner VSR16M76 wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Ausführung wird ein Gesamtkredit von Fr. 5 400 000.00 (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100036 (KST 510 110), bewilligt. Beiträge Dritter sind zu Abschreibungszwecken zu verwenden.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 52 Absatz 3 Gemeindeordnung.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 2. September 2009

Streichungsantrag BDP/CVP zu Tabelle auf Seite 7/10 des Vortrags

Unvorhergesehenes

Fr. 520'000.00

Ca. 11%

520'000.00

PVS-Referentin *Stéphanie Penher* (GB): Bei diesem Geschäft geht um einen Betrag von 5.4 Mio. Franken. Die normale Lebensdauer eines Verkehrsrechners beträgt zwischen 15 und 20 Jahren. Der aktuelle Rechner soll in seinem 21. Betriebsjahr ersetzt werden. Der Wartungsvertrag konnte nur noch bis Ende 2010 verlängert werden. Die Betriebskosten für den neuen Rechner werden jährlich 287'000 Franken betragen, 37'000 Franken mehr als für die heutige Anlage. Weil die heutige Anlage veraltet ist, besteht ein erhöhtes Ausfallrisiko ohne Reparaturmöglichkeiten. Dies betrifft insbesondere die Grüne Welle für Notfallfahrzeuge. Der neue Verkehrsrechner soll alle 112 Lichtsignalanlagen integrieren. Heute sind nur 75 Anlagen angeschlossen, 14 sind einem veralteten System angeschlossen und 23 gar nicht. Der neue Rechner wird wie bereits der alte in der Polizeikaserne an der Hodlerstrasse stationiert sein, die Bedienungs- und Überwachungselemente sind jedoch in der ganzen Stadt verstreut. Ein Verkehrsrechner überwacht, steuert und bedient Lichtsignalanlagen. Er stellt aber auch die

Aufwärtskompatibilität sicher, man könnte ihn also auch einem Verkehrsmanagementsystem des Bundes anschliessen und diese Anliegen kommen vom Bund auch auf uns zu. Das Kommunikationskabelnetz der Stadt Bern basiert auf Kupferkabeln und es gibt keinen Grund, auf Glasfaser umzubauen. Kupfer wird auch während der Lebensdauer des nächsten Rechners genügen und Kupfer reicht auch, um künftiges Verkehrsmanagement gewährleisten zu können, wie es Bund und Kanton vorsehen. Die Umstellung von Kupfer auf Glasfaser ist aber auch während der Betriebszeit des neuen Rechners möglich. Der Einsatz des geplanten Modems kostet 180'000 Franken. Würde man jetzt schon auf Glasfaser umstellen, ergäben sich Kosten von 5 bis 10 Mio. Franken. Die jetzt noch nicht angeschlossenen Anlagen werden wie gesagt angeschossen, sie können aber auch per Funk gesteuert werden, die Kosten dafür sind im Vortrag aufgeführt. Die Betriebsfolgekosten für einen neuen Rechner sind etwas höher als das, was wir heute bezahlen. Dafür hat der neue Rechner mehr Möglichkeiten als der alte. Es werden mehr Personalkosten anfallen, weil der neue Rechner durch Fachpersonal betreut werden muss. Die Kommission TVS beantragt dem Stadtrat mit 8 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme, der Projekterneuerung Verkehrsrechner und dem Ausführungskredit von 5.4 Mio. Franken zuzustimmen. Zum Antrag der Fraktion BDP/CVP kann ich mich nicht äussern, weil er der Kommission nicht vorlag.

Fraktionserklärungen

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Es geht darum, einen veralteten Verkehrsrechner im Rahmen der üblichen Einsatzdauer zu ersetzen. Der neue Verkehrsrechner soll alle Lichtsignalanlagen integrieren, die Schnittstellen vereinfachen und den neuen Anforderungen im Bereich Verkehrssicherheit und Verkehrsmanagement genügen. Die Fraktion GB/JA! wird der Neubeschaffung zustimmen. Zum Antrag der Fraktion BDB/CVP kann ich folgendes sagen: Nach eineinhalb Stunden Debatte über die Kostenüberschreitung beim BärenPark finden wir diesen Antrag etwas schief. Geld für Unvorhergesehenes muss nicht unbedingt ausgegeben werden, wie es beim BärenPark nun halt der Fall war.

Edith Leibundgut (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir sind auch der Meinung, der Verkehrsrechner müsse ersetzt werden. Wir möchten aber den Luftbläschen, die sich öfters bei Projektierungskosten einschleichen, den Garaus machen und stellen einen Kürzungsantrag zu den Projektkosten in der Rubrik Unvorhergesehenes. 11% oder 520'000 Franken für Unvorhergesehenes ist ein wuchtiger Betrag in einem von Profis geplanten Projekt. Wer richtig plant und zudem nur eine Kostengenauigkeit von +/- 15% einhalten muss, braucht nicht noch ein derart dickes Polster. Wir beantragen die Streichung dieser 520'000 Franken, womit sich die Kosten noch auf 4.88 Mio. Franken belaufen.

Nadia Omar (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Auch unsere Fraktion stimmt dem beantragten Kredit zu. Der Ersatz ist notwendig. Bern hat damals, vor fast 20 Jahren, bei der Einführung ihres Verkehrsrechners eine Pionierrolle gespielt, aber heute besteht gewisses Optimierungspotenzial an der Anlage, auch ihres Alters wegen. Wir begrüssen die Möglichkeiten, die ein neuer Rechner bietet und ebenso den Anschluss aller Ampeln, die heute noch nicht angeschlossen sind. Für die Fraktion GFL/EVP ist besonders die Entwicklung in Richtung einer Vernetzung der ganzen Region im Anschluss an dieses Verkehrsleitsystem wichtig. Der Bund stellt diesbezüglich mit seinen Verkehrsleitungskonzepten bereits gewisse Weichen, die Stadt soll hier weiterziehen und die ganze Region mitnehmen. Hier könnte man noch einiges anstossen. Unser Ziel wäre die optimale Auslastung der bestehenden Infrastruktur durch die beste Verteilung des Verkehrs. Wir lehnen den Antrag der Fraktion BDP/CVP ab, weil er uns

zu operativ ist und weil wir uns nicht anmassen wollen, in die Budgetierungsprozesse einzugreifen.

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Erneuerung des Verkehrsrechners nach 20 Jahren Betrieb ist dringend notwendig. Die technischen Probleme und Ausfälle würden ansonsten ein grosses Sicherheitsrisiko darstellen. Mit dem neuen Verkehrsrechner wird es zudem möglich sein, alle 112 Lichtsignalanlagen anzuschliessen und somit optimal zu koordinieren. Dass das nicht billig wird, ist klar. Es geht um hochkomplexe Abläufe, es geht um Berechnungen im Millisekundenbereich, die mit einer aktuellen Software-Lösung und von spezialisierten Profis, von denen es in der Schweiz nicht viele gibt, bearbeitet und umgesetzt werden soll. Die Fraktion SP/JUSO stellt sich hinter den Kredit von 5.4 Mio. Franken, Geld, das sinnvoll für den Berner öV und MIV eingesetzt wird. Den Kürzungsantrag lehnen wir ab; in einem seriösen Budget braucht es einen Posten für Unvorhergesehenes.

Mario Imhof (FDP) für die Fraktion FDP: Auch unsere Fraktion stimmt dem Kredit für den neuen Verkehrsrechner zu, wir sind der Meinung, der aktuelle sei veraltet und es brauche einen neuen. Wir sind aber auch der Meinung der BDP und nehmen ihren Antrag an.

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Auch die SVPplus befürwortet den Kredit, es ist unbestritten, dass die Stadt Bern einen neuen Gesamtrechner braucht. Aber zum einen oder anderen Punkt sollte man noch einige Überlegungen anstellen. Es geht nur um einen Rechner, es ist also offenbar kein Parallelrechner und wenn der ausfällt, haben wir in der ganzen Stadt keine funktionierende Ampel mehr. Der Rechner macht Sinn, weil man so die Verkehrsachsen und die Rettungsachsen besser steuern kann. Aber man muss auch überlegen, dass die politische Motivation und die politische Begierde gewisser Kreise dazu verleiten könnte, den Rechner so einzusetzen, dass der MIV noch mehr schikaniert, umgelenkt und ins Umland verdrängt wird. Ich hoffe, er wird so eingesetzt, dass er allen Verkehrsteilnehmenden dient und nicht nur dem öV. Den Zusatz kann man ohne weiteres streichen. Wir haben ja schon plus minus 15% – wahrscheinlich eher plus – des Ganzen als Unsicherheitsfaktor im Kredit. Vielleicht braucht es noch kleine Verfeinerungen im technischen Bereich, was meine Überzeugung ist, aber im Grundsatz muss man den Kredit annehmen.

Einzelvotum

Pascal Rub (FDP): Wir kaufen ein teures Gerät und teure Software, die eigentlich dafür gedacht sind, den Verkehr in der Stadt fließen zu lassen. Was aber effektiv damit gemacht wird, erleben wir Tag für Tag: Es geht darum, aus ideologischer Sicht den Verkehr zu blockieren. So lange dies der Fall ist und das Gerät so missbraucht wird, bin ich nicht bereit, Geld dafür zu sprechen.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Ich danke den Fraktionssprecherinnen und -sprechern für die positive Aufnahme des Geschäfts und insbesondere der Kommissionssprecherin für die gute Zusammenfassung, der ich nicht mehr viel beizufügen habe. Ich konzentriere mich auf den Zusatzantrag der Fraktion BDP/CVP. Ich kann der Argumentation nicht folgen, wahrscheinlich liegt ein Missverständnis vor. Die Kostenschätzung wurde sehr seriös gemacht, aber man kann nicht immer alles zu hundert Prozent voraussehen und das Projekt wird ja nachher auch noch ausgeschrieben. Wir können zwar ungefähr abschätzen, in welchem Rahmen die Angebote auf die Ausschreibung sein werden, aber wir können nicht hundertprozentig sagen, was für Angebote am Schluss vorliegen. Aus diesem Grund gibt man die Kostenprognose an, mit der man arbeitet. Das heisst nicht, dass man so viel Spielraum hat, sondern nur, dass der

Betrag, den man errechnet hat, allenfalls wie im aktuellen Fall 15% mehr oder weniger sein kann. Ein Projekt ohne jede Reserve auszuschreiben, sei es in der Informatik oder im Bau, ist unseriös, auch eine private Firma würde das nie machen. Die vorgesehene Reserve ist dem Gesamtbetrag angemessen und entspricht den Standards, wie ein Projekt heute umgesetzt wird. Werden keine Reserven eingeplant, ergibt sich bei einem schlechten Ausschreibungsergebnis eine Kostenüberschreitung und in dem Fall müssten wir einen Nachkredit beantragen. Wir bitten darum, die Reserve zu belassen, wir werden uns bemühen, so abzuschliessen zu können, dass wir sie nicht brauchen. Der Stadtrat hat in letzter Zeit viele Kreditabrechnungen auch aus unserer Direktion verabschiedet und wir haben dabei bewiesen, dass wir nicht Geld ausgeben, das wir nicht ausgeben müssen. Meistens konnten wir unter dem Kredit abrechnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Streichungsantrag der Fraktion BDP/CVP ab (31 Ja, 36 Nein).
2. Der Stadtrat stimmt dem Kreditantrag zu (63 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen).

3 Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats; Abstimmungsbotschaft

Geschäftsnummer 09.000095 / 09/338

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- zu ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, die Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ abzulehnen.
3. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- gegen ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, den Gegenvorschlag des Stadtrats mit dem Leistungsausbau bei der Kantonspolizei und bei PINTO anzunehmen sowie den Gemeinderat zu ermächtigen, die Zusatzvereinbarung zum Ressourcenvertrag mit dem Kanton Bern betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in der Stadt Bern abzuschliessen.
4. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 9. September 2009

Änderungsantrag Fraktion GB/JA! zum Gegenvorschlag des Gemeinderats:

1. Errichten einer 2. Drogenanlaufstelle
2. Ausbau der nicht polizeilichen Gewaltprävention durch
 - Aufsuchende Jugend- und Gassenarbeit
 - Nicht polizeiliche Interventions- und Gewaltpräventionsprojekte sowie ein Alkoholpräventionsprogramm
 - Bekämpfung der häuslichen Gewalt durch Präventionsprogramme
3. Umlagerung der Polizeiarbeit zu mehr sichtbarer Präsenz an neuralgischen Orten (kostenneutral).

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf.

FSU-Referentin *Corinne Mathieu* (SP): Im April 2008 wurde die Volksinitiative für eine sichere Stadt Bern eingereicht. Der Gemeinderat hat auf Grund dieser Initiative einen Gegenvor-

schlag ausgearbeitet, der eine massvolle Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz, ergänzt durch präventive Massnahmen im Sicherheitsbereich, vorsieht. Objektiv kann die Stadt als relativ sicher angeschaut werden. Allerdings ist auch sie mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, die mit einer qualitativen Zunahme der Gewalt umschrieben werden können. Im Bericht zur Lebensqualität aus dem Jahr 2007 ist die Kriminalität unter den meistgenannten Problemen erst an fünfter Stelle aufgeführt. Das bedeutet, dass auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht so schlecht sein kann. Selbstverständlich gibt es auch in Bern an gewissen Orten erhöhte Probleme, etwa auf der grossen Schanze, auf der Schützenmatte, in der Aarberger- oder der Münsterergasse. Die Initiative will die Verstärkung der sichtbaren und die vermehrte Polizeipräsenz. Sie will in der Geschäftsordnung (GO) der Stadt mindestens 110'000 Stunden festschreiben, sie will auch einen Ausbau der Gewaltprävention und auch dies soll in der GO festgeschrieben sein. Der Gegenvorschlag will einen Ausbau der sichtbaren Fusspatrouillenpräsenz der Kapo bis ins Jahr 2013 um insgesamt 20'000 Stunden und einen Ausbau der Präsenz von PINTO um 2.4 Stellen. Im Folgenden werde ich Initiative und Gegenvorschlag an Hand gewisser Kriterien gegenüber stellen.

Zum Sicherheitsbegriff der beiden Vorschläge: Gemäss Initiative kann mehr Sicherheit allein durch mehr sichtbare Polizeipräsenz gewährleistet werden. Vermehrte Gewaltprävention soll allein durch die Polizei geleistet werden. Der Gegenvorschlag sagt, Polizeipräsenz allein sei kein Allheilmittel. Der Gemeinderat sieht die Gewährleistung der Sicherheit als Zusammenspiel verschiedener polizeilicher Massnahmen sowie einer gesamtheitlichen Sicherheits- und Sozialpolitik. Zur zeitlichen Umsetzung: Gemäss Aussage des Kommandanten der Kapo fehlen zurzeit 200 Polizisten/Polizistinnen. Vom Moment der Rekrutierung bis zur Einsatzfähigkeit können bis zu zwei Jahre vergehen. Man muss also damit rechnen, die Umsetzung der Initiative, die den Einsatz von 40 zusätzlichen Polizisten bedingt, mehrere Jahre beansprucht. Der Gegenvorschlag dagegen setzt sich aus kurz- und mittelfristigen Massnahmen zusammen. Die kurzfristige Massnahme ist eine Erhöhung des Bestandes von PINTO um 2.4 Stellen ab Mitte nächsten Jahres, was einen Nachkredit für das 2010 benötigt. Die Erhöhung der sichtbaren Fusspatrouillenpräsenz soll gestaffelt auf 2012 und 2013 erfolgen. Was sind die Kostenfolgen? Gemäss Berechnungen der Kapo belaufen sich die Kostenfolgen der Initiative auf ca. 5.7 und nicht 5.2 Mio. Franken, wie die Initianten sagen. Beim Gegenvorschlag wären die ungefähren Kostenfolgen ca. 2.2 Mio. Franken. Was sind die Auswirkungen auf den Ressourcenvertrag? Bei der Initiative müsste der Ressourcenvertrag angepasst werden, d.h. die Pauschalabgeltung würde sich von heute ca. 29 Mio. Franken auf ca. 35 Mio. Franken pro Jahr erhöhen. Beim Gegenvorschlag würde der Ressourcenvertrag nicht angepasst, sondern es ist geplant, eine Zusatzvereinbarung zum Vertrag abzuschliessen, die besagt, man wolle 22'000 Stunden mehr Fusspatrouillenpräsenz. Zu den Argumenten. Die Argumente für die Initiative stammen nicht von mir, Quelle ist die Website der Initiantinnen: RGM will nicht handeln, also muss man RGM zum Handeln zwingen. Der Polizeibestand wurde seit einem Vierteljahrhundert nicht erhöht. Man will mit der Initiative ein klares Signal senden, Gewalttaten sollen in Zukunft energischer und konsequenter verfolgt werden. Die Argumente für den Gegenvorschlag: Es handelt sich um eine konkrete und effiziente Steuerung der Sicherheit. Er hat einen gesamtheitlichen Sicherheitsansatz. Dank Staffelung lässt er sich rascher umsetzen als die Initiative. Die Argumente gegen die Initiative: Die Verankerung der Polizeipräsenz in der GO ist zwar rechtlich möglich, aber es ist höchst problematisch, eine öffentliche Tätigkeit, die laufend überprüft und den sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden muss, in der GO festzuschreiben, weil jede Änderung dem Volk vorgelegt werden muss. Die Initiative bedeutet eine massive Erhöhung der Sicherheitskosten in der Stadt. Die Mehrkosten von rund 5.8 Mio. Franken würden die finanzielle Belastung pro Einwohner/Einwohnerin von aktuell 231 auf 278 Franken erhöhen. Dass die Gewalttaten brutaler geworden sind, ist eine Tatsache, die man nicht wegdiskutieren kann. Ob aber mehr Polizeipräsenz ein wirksames Gegenmittel

ist, darf bezweifelt werden. Die Umsetzungsdauer ist recht gross, es muss mit 4.4 bis 5 Jahren gerechnet werden, zudem liegt die Betonung einseitig auf der Repression. Zum Gegenvorschlag ist zu sagen, dass sich der Gemeinderat den Vorwurf gefallen lassen muss, dass er nur reagiert und nicht agiert. Denn wenn einem gesteigerten Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr Ruhe und Ordnung Rechnung getragen werden soll, muss man sich fragen, warum der Gemeinderat nicht von sich aus einen Vorschlag gebracht hat.

Die Diskussion hat weder von Seiten von RGM noch von Seiten der Bürgerlichen wesentlich neue Aspekte zu den bereits bekannten Argumentationen ergeben. Allgemein war man sich einig, dass die Gewalt gestiegen ist und dass die begangenen Gewalttaten an Brutalität zugenommen haben. Nicht einig war man sich, nicht überraschenderweise, mit welchen Massnahmen diese Zunahme bekämpft werden soll. Während man von Seiten der Initianten vor allem auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Polizeipräsenz gepocht hat und auch die Gewaltprävention rein über die polizeiliche Arbeit bzw. -präsenz angehen will, hat die Mehrheit der Kommission betont, Sicherheit sei ein gesamtheitliches Problem, das auch mit einem gesamtheitlichen Konzept anzugehen sei. Man hat sich nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz gewehrt, wollte sie aber in einem überschaubaren Rahmen halten, weil sie kein Allheilmittel sei. Es wurde auch betont, dass die Quartiere in die Polizeipräsenz einbezogen werden sollten. Als problematisch wurde die Tatsache beurteilt, dass der Gemeinderat zwar mit dem Kanton über das Prozedere für die Umsetzung des Gegenvorschlags verhandelt hat, nicht aber über dasjenige für eine Umsetzung der Initiative. Das wurde als Ungleichbehandlung der beiden Vorschläge bezeichnet. Hinter die Behauptung des Gemeinderats, bei Annahme der Initiative müsse der Ressourcenvertrag angepasst werden, bei Annahme des Gegenvorschlags dagegen reiche eine Zusatzvereinbarung zum Vertrag, wurde ein Fragezeichen gesetzt. Die Begründung des Gemeinderats lautet, dass es sich bei den 20'000 zusätzlichen Stunden Fusspatrouillenpräsenz um eine neues Produkt handle, das nicht in der Jahresplanung enthalten sei, bei der Initiative hingegen um zusätzliche unspezifische Leistungen, was eine Anpassung des Ressourcenvertrags nach sich zöge. Die Verankerung der Polizeistunden in der GO wurde als störend bezeichnet. Der Gegenvorschlag von GB/JA! wurde praktisch diskussionslos und fast einstimmig abgelehnt. Einerseits wird die Verknüpfung von Drogenanlaufstelle und Sicherheitsthematik in der Stadt als problematisch empfunden, andererseits ist es schwierig, die verschiedenen Aufgabenbereiche der Polizei gegeneinander auszuspielen. Für alle Seiten bedenklich ist, dass die Sicherheitsaufwendungen bei Sportveranstaltungen in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben. Im Moment werden 32% der Leistungen der Kapo für die Stadt in diesem Bereich erbracht, hier ist Handlungsbedarf gegeben. Wir haben eine sehr intensive, angeregte und teils auch kontroverse Diskussion geführt, trotzdem blieb der Ton immer sachlich und kollegial. Es ist in diesem Rat also doch noch möglich, trotz politischen Differenzen anständig miteinander umzugehen. Zu den Anträgen: Die FSU beantragt dem Stadtrat, die Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ abzulehnen. Das Resultat kam nur durch Stichentscheid der Präsidentin zu Stande. Die FSU beantragt dem Stadtrat, den Gegenvorschlag des GB abzulehnen und er empfiehlt dem Stadtrat Annahme des Gegenvorschlags des Gemeinderats. Auch dieses Resultat kam nur dank Stichentscheid der Präsidentin zustande. Die Anträge zur Botschaft wurden alle angenommen. Zum Antrag der GLP kann ich aus Kommissionssicht nicht sagen, weil er der FSU nicht vorlag.

FSU-Minderheitsreferent *Bernhard Eicher* (FDP): Ich schliesse mich den Ausführungen von Corinne Mathieu insofern an, als das Diskussionsklima sehr gut und sachlich war. Ich hoffe, dies wird heute auch im Stadtrat so sein.

Der Gegenvorschlag war auch in der Kommissionminderheit grossmehrheitlich nicht bestritten, insofern werde ich mich jetzt in ihrem Namen primär zur Initiative und zur Gegenüberstel-

lung von Gegenvorschlag und Initiative äussern. Zur Ausgangslage möchte ich einige Zahlen nennen. Die Delikte gegen Leib und Leben haben zwischen 1997 und 2007 um knapp 50% zugenommen. Erweitert man den Zeithorizont etwas und schaut die Jahre von 1993 bis 2007 an, beträgt die Zunahme sogar ein Mehrfaches dieser 50%. Dazu kommt, dass die Aufgaben der Polizei in den vergangenen Jahren stark zugenommen haben, der Bestand der Polizisten und Polizistinnen aber seit 20 Jahren nicht erhöht wurde. Wir bewerten diese Fakten wesentlich dramatischer als die Kommissionsmehrheit und ziehen entsprechend eine andere Schlussfolgerung, nämlich dass es eine relativ starke Aufstockung des Polizeipersonals braucht. Es ist immer wieder von etwa 40 Stellen die Rede, das entspricht rund 6%. Die Kommissionsminderheit ist der Meinung, diese 40 zusätzlichen Stellen seien nötig, um gegen Delikte gegen Leib und Leben vorgehen zu können. Die Kommissionsminderheit befürwortet zwar den Gegenvorschlag als die schlechtere von zwei Möglichkeiten, aber er ist aus ihrer Sicht ungenügend. Sie ist auch der Meinung, ein Aufstocken von PINTO sei der falsche Weg, um Delikte gegen Leib und Leben zu bekämpfen. Ich war letzten Samstag um ungefähr ein Uhr in der Früh unterwegs und kam zufälligerweise an zwei Schlägereien vorbei. Dort hätte PINTO nichts gebracht. Wenn PINTO mit zwei Leuten eingeschritten wäre, hätte man wahrscheinlich am Schluss einfach zwei Verletzte mehr im Inselspital gehabt und das kann es wohl nicht sein. In derartigen Fällen ist die Polizei gefragt, ist mehr Polizei gefragt. Die Kommissionsminderheit ist auch der Ansicht, die Stadt Bern habe auch eine Verantwortung als indirekte Arbeitgeberin. Es werden nur mehr Polizisten und Polizistinnen ausgebildet und angestellt, wenn wir als Stadt auch mehr Polizei bestellen. Es wird immer wieder gesagt, der Kanton plane ohnehin eine Aufstockung des Polizeipersonals. Das stimmt, aber es geht dabei nur um gerichtspolizeiliche Aufgaben, also um Aufgaben, die dem Kanton zugeteilt sind. Die Leute, die für die Stadt zuständig sind, hätten damit nicht mehr Personal zur Verfügung. Die Kommissionsmehrheit machte geltend, die vorgesehene Verankerung der Aufstockung in der GO sei ein Problem. Auch die Minderheit ist der Ansicht, dies sei unschön, aber es ist das Resultat jahrelanger Verweigerungspolitik des Gemeinderats und letztendlich auch der Stadtratsmehrheit. Man hat es 20 Jahre lang versäumt, das Polizeipersonal aufzustocken und die Konsequenz daraus ist, dass sich jetzt die Bevölkerung äussert und Druck macht und das kann sie nur in Form einer Initiative und damit nur in Form der Festschreibung in der GO. Die Initiative soll nicht bedeuten, dass die ganze Präventionsarbeit, die bisher geleistet wurde, für nichts wäre, sondern in einer Initiative kann man nur eine Sache fordern. Die Kommissionsminderheit kritisiert, dass der Gemeinderat für den Gegenvorschlag bereits „Verhandlungen“ mit der Kapo aufgenommen hat und fast schon so etwas wie eine fixfertige Lösung präsentieren kann, betreffend Initiative jedoch noch nichts unternommen hat. Weil im einen Fall verhandelt wurde und im anderen nicht, ist zudem aus Sicht der Kommissionsminderheit die Feststellung nicht zulässig, im einen Fall müsse der Vertrag angepasst werden, im anderen Fall sei dies nicht nötig. Fazit: Die Kommissionsminderheit empfiehlt Ihnen, die Initiative und den Gegenvorschlag anzunehmen und bei der Stichfrage der Initiative den Vorzug zu geben.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.35 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Claude Grosjean	Philippe Müller
Cristina Anliker-Mansour	Guglielmo Grossi	Nadia Omar
Vinzenz Bartlome	Beat Gubser	Stéphanie Penher
Giovanna Battagliero	Leyla Gül	Pascal Rub
Thomas Begert	Erich J. Hess	Rahel Ruch
Henri-Charles Beuchat	Kurt Hirsbrunner	Hasim Sancar
Lea Bill	Jimmy Hofer	Martin Schneider
Manfred Blaser	Mario Imhof	Rolf Schuler
Peter Bühler	Ueli Jaisli	Miriam Schwarz
Thomas M. Bürki	Stefan Jordi	Tanja Sollberger
Conradin Conzetti	Ruedi Keller	Hasim Sönmez
Rithy Chheng	Michael Köpfli	Barbara Streit-Stettler
Dolores Dana	Vania Kohli	Luzius Theiler
Bernhard Eicher	Peter Künzler	Martin Trachsel
Susanne Elsener	Lea Kusano	Aline Trede
Tania Espinoza	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Regula Fischer	Edith Leibundgut	Nicola von Greyerz
Jan Flückiger	Daniela Lutz-Beck	Tanja Walliser
Urs Frieden	Ursula Marti	Peter Wasserfallen
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Béatrice Wertli
Jacqueline Gafner Wasem	Claudia Meier	Thomas Weil
Jeannette Glauser	Robert Meyer	Manuel C. Widmer
Simon Glauser	Christine Michel	Rolf Zbinden
Thomas Göttin	Patrizia Mordini	Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Michael Aebersold	Natalie Imboden	Daniel Klauser
Rania Bahnan Buechi	Dannie Jost	Beat Zobrist
Kathrin Bertschy		

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
Barbara Hayoz FPI		

Ratssekretariat

Daniel Weber, Stellvertreter der Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel	
Barbara Waelti, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

3 Fortsetzung: Initiative „Für eine sichere Stadt Bern“ und Gegenvorschlag des Stadtrats: Abstimmungsbotschaft

Fortsetzung: Fraktionserklärungen

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf.

Giovanna Battagliero (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion lehnt die Initiative ab und stimmt dem Gegenvorschlag des Gemeinderats zu. Dies aus den folgenden drei Gründen: 1. Die Initiative ist einseitig und eine Augenwischerei.

Die Initianten ignorieren, dass die Stadt Bern objektiv gesehen puncto Sicherheit gut dasteht. Das zeigen Bevölkerungsumfragen und der Vergleich mit anderen Städten. Zudem wurde in den letzten Jahren viel für die Sicherheit in unserer Stadt getan. Natürlich existieren neuralgische Orte, die ein Handeln erfordern (auch erhöhte Polizeipräsenz), beispielsweise die Grosse Schanze. Es ist eine Tatsache, dass die Hemmschwelle für Gewalttaten sinkt und die Intensität gewaltsamer Übergriffe zunimmt. Zunehmend ist auch die mediale Präsenz von Gewaltthemen. Niemand bestreitet das. Die Initiative will weismachen objektive und subjektive Sicherheit seien ausschliesslich mit mehr Polizei zu verbessern. Gerade im Bereich Gewaltprävention setzt die Initiative ausschliesslich auf die Polizei. Deswegen steht sie klar im Gegensatz zu der von der Fraktion SP/JUSO seit Jahren verfolgten Sicherheitspolitik. Wie der Gegenvorschlag verfolgen wir einen ganzheitlichen und wirksamen Ansatz. Es gibt mehr als nur eine mögliche Massnahme: Polizeipräsenz, besonders an neuralgischen Orten und in den Quartieren, Prävention, Intervention und Toleranz (PINTO), bauliche Massnahmen, Jugendschutz, Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Menschenhandel sowie polizeiliche und nicht polizeiliche Gewaltpräventionsarbeit. Bis anhin unterstützten wir alle Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit. So unterstützen wir auch den im Gegenvorschlag vorgesehenen Ausbau der sichtbaren Polizeipräsenz um 20 000 Stunden und die zusätzlichen 2,4 Stellen bei PINTO. Mehr sichtbare Polizeifusspatrouillenpräsenz in den Quartieren entspricht einer alten Forderung der SP.

2. Die Initiative ist systemwidrig und schafft eine unflexible Regelung. Die Initiative will eine Mindestanzahl von 110 000 Polizeistunden in der städtischen Verfassung festschreiben. Das ist nicht nachvollziehbar – wir schreiben auch nicht eine Mindestanzahl von Betten in die Gemeindeordnung (GO), welche die Stadt Bern für alte Menschen oder für Obdachlose schaffen muss, nur weil in Art. 11 GO steht, dass die Stadt soziale Einrichtungen unterstützt und betreibt. Dieses operative Geschäft gehört nicht in die GO. Es wäre fahrlässig, die Polizeipräsenz in der Verfassung zu verankern, denn Sicherheit ist eine laufend zu überprüfende und der aktuellen Situation anzupassende Tätigkeit. Eine Regelung, wie sie die Initiative vorsieht, macht diese wichtige Aufgabe unflexibel und starr. Die Initiative entspricht auch nicht den mit dem Kanton abgemachten Steuerungsmechanismen. Die Stadt Bern kann mittels der Jahresrechnung, der Schwerpunktsetzung und der Steuerung von Einzelereignissen auf die Arbeit der Kantonspolizei Einfluss nehmen. Aus diesem Grund müsste mit der Initiative der Ressourcenvertrag neu ausgehandelt werden. Bei diesen Verhandlungen würde die unflexible Regelung eine miserable Verhandlungsposition der Stadt gegenüber dem Kanton bedeuten. Dagegen kommt der Gegenvorschlag ohne Regelung in der Verfassung und ohne Anpassung des Ressourcenvertrages aus. Auch wäre er schneller umsetzbar: Der Gegenvorschlag würde unmittelbar nach der Abstimmung 2010 Wirkung zeigen, die Initiative frühestens 2012.

3. Die Initiative ist unverhältnismässig teuer. Die Stadt Bern ist hinsichtlich der Finanzierung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Bern heute schon die Milchkuh. Wir zahlen für die Si-

cherheit in den anderen Gemeinden. Wir zahlen heute pro Kopf 231 Franken, Biel zahlt 187 Franken und Thun nur 88 Franken. Mit der Initiative würden wir Bernerinnen und Berner 278 Franken pro Kopf nur für die Polizeipräsenz in unserer Stadt ausgeben. Man darf nicht vergessen, dass wir für unsere Sicherheit nicht nur die 231 Franken pro Kopf für die Polizei zahlen, sondern auch in PINTO, das Alkistübli, in Jugendschutz, in die Bekämpfung organisierter Bettelei, Menschenhandel und häuslicher Gewalt, in bessere Beleuchtung und Belegung neuralgischer Orte, in verlängerte Öffnungszeiten der Drogenanlaufstelle und in „Subers Bärn – zäme geits“ investieren. Unsere Investitionen betragen mehr als die 29 Millionen Franken für die Polizei.

Die Initianten blenden aus, wie viel Polizeipräsenz für die Gewährung der Sicherheit an sportlichen Grossanlässen wir bereits aufwenden. In den letzten zehn Jahren verzehnfachte sich dieser Aufwand. Nach Rechnung der Initianten soll das weiterhin ausschliesslich die Stadt Bern zahlen, ein paar symbolische Beiträge der Sportklubs eingeschlossen.

Mit der Initiative würden wir 5,8 Millionen Franken binden, die dann andernorts fehlten. Wir vergäben alle Möglichkeiten auf Veränderungen der Situation zu reagieren. Die Kosten von 2,2 Millionen Franken im Gegenvorschlag sind dagegen vertretbar. Dabei behalten wir die Möglichkeit auf veränderte Verhältnisse zu reagieren.

Die Fraktion SP/JUSO lehnt die Initiative ab und stimmt dem Gegenvorschlag zu. Die Anträge der FSU zur Abstimmungsbotschaft nehmen wir alle an. Den Antrag der GLP lehnen wir ab.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren veränderte sich viel im öffentlichen Raum in der Stadt Bern, was den sozialen Umgang, die dortigen Geschehnisse und das Sicherheitsgefühl betrifft. Die Gewalt nahm eindeutig zu, besonders in qualitativer Hinsicht. Die Polizei wurde letztmals vor fünfundzwanzig Jahren aufgestockt. Die Herausforderungen nahmen seitdem aber stark zu. Es gibt neuralgische Orte, wo man in der Nacht lieber nicht hingehet. Die Frage lautet nicht, ob sich etwas verändert hat, sondern wie mit diesen Veränderungen umzugehen ist. Unsere Fraktion wird im Sinne dieser Überlegungen die Initiative ablehnen und dem Gegenvorschlag zustimmen.

Zusätzlich zu den immer wieder genannten Argumenten gegen die Initiative, werden wir den Verdacht nicht los, dass die Initiative viel verspricht, aber wenig halten kann. Zum Beispiel bleibt offen, wie in kurzer Zeit so viele Polizisten rekrutiert und ausgebildet werden können, damit die 110 000 Stunden wirklich erbracht werden können. Laut meiner Information weist die Polizei bereits einen Unterbestand auf. Es ist fraglich, ob die einseitige Massnahme der sichtbaren uniformierten Polizeipräsenz das bringt, was sich die Initianten erhoffen. Was ist, wenn die Gewalt nicht wie erwartet vermindert wird? Dann sind die Ausgaben gebunden und man kann sich keine anderen Massnahmen mehr leisten. Die Initiative suggeriert, dass man mit einfachen Rezepten komplexe Probleme lösen kann.

Der Gegenvorschlag bietet ganzheitliche und der Problematik angemessene Lösungen an. Er stellt eine flexible Lösung dar, die abgeändert werden kann, wenn es die Situation erfordert. Der Gegenvorschlag trägt der Unterschiedlichkeit von strategischen und operativen Aufgaben Rechnung. Unsere Fraktion will die Wahl situationsangepasster Mittel den Fachleuten der SUE und von Police Bern überlassen. Erfreulicherweise bezieht der Gegenvorschlag auch PINTO mit ein, für deren Einführung unsere Fraktion sich eingesetzt hat. Bislang kam PINTO in der bernischen Schmalspurvariante nicht so richtig zum Tragen. In Zürich zeigt sich, dass dieser Art von Einsatztruppe eine wichtige Aufgabe zukommt. Wir hoffen, dass dies in Bern vermehrt zum Tragen kommt. Der Gemeinderat beweist mit dem Gegenvorschlag Augenmass: Aufwand und Ertrag stehen in einem guten Verhältnis. Bedauerlicherweise zögerte der Gemeinderat in Sicherheitsfragen allzu lange. Statt vorausschauend zu agieren, reagiert er jetzt auf Druck. Mithin wäre die Initiative vermeidbar gewesen, wenn man mehr am Puls der Bevölkerung gefühlt hätte.

Als Fazit: Wir lehnen die Initiative in der Meinung ab, dass sich Sicherheitsprobleme nicht mit simplen Rezepten lösen lassen. Wir stimmen dem Gegenvorschlag zu, weil wir der Meinung sind, dass man die Gewaltproblematik gezielt angehen muss. Die Anträge der GLP und der GB/JA! lehnen wir ab, den Kommissionsanträgen zur Abstimmungsbotschaft stimmen wir zu.

Philippe Müller (FDP) für die FDP-Fraktion: Zur Korrektur des von den Vorrednerinnen vorgebrachten Vorwurfs der einseitigen Betonung der Polizei in der Initiative: Hier gilt es die Einheit der Materie zu beachten. Der Gemeinderat handelt nach dem Motto „wer vieles bringt, mag manchem etwas bringen“. Dagegen sind die zwei in der Initiative enthaltenen Forderungen bereits relativ viel.

Die Initiative verlangt vierzig zusätzliche Polizeibeamte, dreissig für die sichtbare Präsenz und zehn für die Prävention. Im Initiativtext wird das in Stunden angegeben, das ist systembedingt, weil die Stadt in Stunden bestellt. Es geht also um vierzig Polizistinnen oder Polizisten. Aktuell gibt es in Bern sechshundertvierzig Polizeibeamte, wenn vierzig dazukommen, entspricht dies einer Steigerung von 6 Prozent. Die Polizei wurde in Bern seit siebenundzwanzig Jahren nicht mehr verstärkt. Die Initiative macht zur Realisierung dieser Aufstockung keine zeitliche Vorgabe. Das mag innerhalb von dreissig Jahren geschehen, 6 Prozent in dreissig Jahren macht 1 Prozent in fünf Jahren oder 0,2 Prozent pro Jahr. Als Vergleichsgrösse: Die Sozialausgaben verfünffachten sich in demselben Zeitraum. Wäre dieselbe Politik bei der Polizei angewendet worden, hätten wir heute dreitausend Polizisten in Bern. Die Forderung nach vierzig zusätzlichen Polizeibeamten erscheint moderat, wenn man bedenkt, dass in den letzten zwanzig Jahren ein massiver Mehraufwand für Demonstrationen, Hooligans, häusliche Gewalt usw. nötig war, die Gewalt auf der Strasse wurde dadurch zwangsläufig vernachlässigt. Die Initiative dient der Verhinderung und der Reduktion von Gewalttaten, in erster Linie durch Präsenz und zweitens durch Prävention mit Jugendlichen, in Schulen usw. Das ist nötig, weil die Gewalttaten massiv zugenommen haben. Ich verweise auf die entsprechende Grafik der Statistikdienste der Stadt Bern, die den Anstieg der Delikte gegen Leib und Leben in Bern zwischen 1993 und 2007 aufzeigt. Es ist festzustellen, dass diese Delikte sich fast verdreifacht haben. Diese Zahlen zeigen deutlich einen Aufwärtstrend. Das ist die Realität. Der Gemeinderat versucht davon abzulenken und die Situation schönzureden. Aber die Zunahme bleibt massiv und ist erschreckend. Im Frühjahr 2009 teilte die Kantonspolizei mit, dass Raubüberfälle und Körperverletzungen weiter zunahmen. Das ist nicht auf ein verändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen, im Gegenteil ist die Dunkelziffer heute höher als früher. Weitere Belege für die zunehmende Gewalt finden sich auch in der gesamtschweizerischen Statistik, es gibt Aussagen von Strafrichterinnen und Strafrichtern, die immer mehr Gewaltdelikte behandeln müssen. Der Kriminologieprofessor Martin Killias von der Universität Zürich (ein Mitglied der SP) stellt fest, es gebe mehr Gewalt und man solle die Augen nicht mehr vor der Realität verschliessen. Sein Papier ist auf der Webseite der SP einsehbar. Im Mai 2009 veröffentlichte die SUVA eine Untersuchung, die deutlich mehr Gewaltdelikte feststellt. Und mehrere alarmierende Studien des Inselspitals sprechen von mehr und deutlich brutalerer Gewalt. Die (grafische) Darstellung des Gemeinderates im Vortrag und in der Botschaft, in der von sämtlichen Delikten ausgegangen wird, beabsichtigt eine Täuschung der Stimmberechtigten. Geht es doch nicht um die Gesamtanzahl der Delikte, nicht um Urkundenfälschung, Hehlerei oder Betrug. Ausschliesslich relevant sind die Gewaltdelikte. Mittels irreführender Darstellung versucht der Gemeinderat vom wirklichen Problem abzulenken.

Das Titelfoto der Botschaft geht in dasselbe Kapitel: Das Postkartenfoto ist eine irreführende Verharmlosung. Es geht um Gewaltdelikte, es geht um zur Unkenntlichkeit zusammengeschlagene Opfer, die bleibende Behinderungen davontragen. Seit dem brutalen Überfall in der Postgasse vor sieben Jahren wurde in Sachen Sicherheit in der Stadt Bern nichts unternommen. In der Mehrheit war der Gemeinderat immer gegen eine Stärkung der Polizei in Bern.

Wie in den Ratsprotokollen nachzulesen ist, betonte der Gemeinderat stets, in Bern gebe es kein Sicherheitsproblem. Die Fakten sprechen dagegen eine andere Sprache. Der Gemeinderat war gegen die Initiative 2008 und verzögerte sie sogar. Die Bahnhofplatzinitiative, über die wir bereits abgestimmt haben, wurde später eingereicht. Der Gemeinderat bekämpft die Initiative mit dem rein formalistischen Argument, diese Regelungen gehörten nicht in die GO. Es besteht aber keine andere Möglichkeit, als dies in der GO festzuschreiben, von Ihrer Seite kommen da auch keine Vorschläge. Es entspricht der Absicht der Initiative, ein verbindliches Minimum festzusetzen, das nicht mehr unterschritten werden darf, denn sonst senkt der rot-grüne Gemeinde- oder Stadtrat bei der ersten Gelegenheit die Ausgaben für die Sicherheit. Der Gegenvorschlag des Gemeinderates verdient diesen Namen nicht, weil er keine einzige neue Idee bringt: Zweimal sechs Polizisten mehr plus gut zwei Leute von PINTO – das ist ein rein abstimmungstaktisch motivierter Alibivorschlag. Er dient nur dem Ziel die Initiative zu bekämpfen, um die Sicherheit geht es dem Gemeinderat bestimmt nicht. So erachtet dies auch der Präsident der Polizeigewerkschaft (übrigens ein SP-Grossrat) als unzulänglich. Präventionsarbeit ist im sogenannten Gegenvorschlag des Gemeinderates überhaupt nicht vorgesehen. In einem Zeitungsbericht vom 21. Oktober 2009 steht zu lesen, dass die SP im Grossen Rat mehr Präventionsarbeit durch die Polizei im Kanton und die dadurch erforderliche personelle Aufstockung verlangt. Es ist unverständlich, wieso die SP das in der Stadt Bern nicht will. Ein guter Teil der SP-Basis befürwortet die Initiative. Bekannte SP-Grössen wie Peter Vollmer, Rudolf Strahm und Evi Allemann äusserten sich in diesem Sinne. Sicherheit ist eine elementare Staatsaufgabe – geben Sie sich einen Ruck und tun Sie das Nötige, um zu verhindern, dass Ihnen das Gewaltmonopol entgleitet, sagen Sie Ja zu dieser moderaten Initiative.

Christine Michel (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir nehmen Sicherheitsprobleme sowie die Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung ernst. Die Erhöhung der Polizeipräsenz und der Ausbau rein polizeilicher Gewaltprävention sind aber die falschen Ansätze, um die Problematik anzugehen. Deshalb lehnen wir die Initiative ab. Zudem zweifeln wir an der Umsetzbarkeit. Die Rekrutierung von Polizisten und Polizistinnen erscheint bereits heute schwierig. Es ist zu befürchten, dass mehr uniformierte Polizeipräsenz auf Kosten von immer mehr Überstunden geht. Wir teilen die Argumente des Gemeinderates in der Botschaft weitgehend, kommen aber zu einem anderen Schluss: Die Sicherheitsproblematik soll durch andere, nicht polizeiliche Massnahmen angegangen werden.

Gegen mehr Polizei sprechen folgende Gründe: 1. Bern wurde nicht unsicherer. Die Stadt Bern kann objektiv als relativ sicher bezeichnet werden: Die Entwicklung der Anzahl Straftaten ist tendenziell rückläufig, wobei die Zunahme der Intensität bei Gewaltdelikten nicht in Abrede zu stellen ist. Laut den neusten Statistiken für das Jahr 2008 zu den Straftaten im Kanton und in der Gemeinde Bern ist insbesondere bei den Körperverletzungen im Kanton Bern eine Zunahme zu verzeichnen, in der Stadt Bern jedoch blieben diese Fälle stabil. Die Interpretation von Statistiken im Bereich der Kriminalität ist bekanntlich heikel, denn es werden mehr Anzeigen gemacht, die Statistik wird dadurch verändert. Deshalb lehnen wir den Ergänzungsantrag Nr. 3 der FSU ab.

2. Bern weist die höchsten Polizeikosten pro Einwohner und Einwohnerin im Kanton auf. Die Stadt Bern bezahlt dem Kanton mit 231 Franken pro Einwohner und Einwohnerin deutlich mehr als die anderen Städte (Biel 187 Franken, Thun 88 Franken pro Kopf). Die Stadt bezahlt auch für die von den Agglomerationsgemeinden mitverursachten Probleme, beispielsweise Sicherheitsprobleme und Littering im Ausgang oder die hohen Sicherheitskosten bei Sportveranstaltungen. Eine Annahme der Initiative bedeutete eine Erhöhung des Betrages für die Stadt Bern auf 278 Fr. Für den Lastenausgleich bezahlt die Stadt Bern dem Kanton ohnehin stetig mehr, die Zentrumslasten werden aber immer schlechter abgegolten. Die Diskussion

über mehr Polizeistellen muss in erster Linie auf kantonaler Ebene geführt werden. Bei der Übernahme der Berner Polizei durch den Kanton wurde die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden erhöht, ein Ausbau der Polizeiarbeit fand dadurch bereits statt.

3. Mehr Polizei bedeutet für uns den falschen Ansatz. Sicherheitsprobleme können in einem Alkoholproblem begründet liegen, da braucht es entsprechende Präventionsmassnahmen. Auch um die Situation von sogenannten Randständigen, beispielsweise von Drogensüchtigen zu verbessern oder um Konfliktsituationen zwischen ihnen und der weiteren Bevölkerung zu entschärfen, braucht es gesellschaftliche, nicht polizeiliche Massnahmen. Deshalb beantragen wir die Einrichtung einer zweiten Drogenanlaufstelle.

4. Mehr sichtbare Polizeipräsenz an neuralgischen Orten finden wir sinnvoll, insbesondere bei der Schützenmatte und der Grossen Schanze. Diese kann durch Umlagerungen im bestehenden Budget gewährt werden. Wir sind überzeugt, dass Ressourcen im Jugenddienst der Polizei, z.B. durch die akribische Verfolgung von jugendlichen Sprayern mit Hausdurchsuchungen nicht richtig eingesetzt werden. Zu dieser Thematik haben wir einen Vorstoss eingereicht. Unserer Ansicht nach bringt es viel, wenn sich PINTO wieder vermehrt auf seine Kernaufgabe, die Präsenz und Intervention auf der Gasse konzentrieren kann. Ausserdem müssen die Sportveranstalter sich unbedingt an den hohen Sicherheitskosten beteiligen. Mit 22 000 Stunden fliesst ein Drittel der sichtbaren Polizeipräsenz in Sportveranstaltungen. Das ist absoluter Verhältnisblödsinn.

Weil mehr Polizei nicht die Lösung bringt, haben wir einen Alternativvorschlag zum Gegenvorschlag des Gemeinderates formuliert, der folgende Punkte vorsieht: 1. Eine zweite Drogenanlaufstelle (Kostenpunkt 1 Million Franken). 2. Ausbau nicht polizeilicher Gewaltprävention durch spezifische Programme in den Bereichen aufsuchende Jugend- und Gassenarbeit und Alkoholprävention. Entwicklung von nicht polizeilichen Gewalt- und Interventionsprojekten, beispielsweise sinnvolle Zivilcourageprojekte oder Bekämpfung häuslicher Gewalt durch Präventions- und sogenannte Täterprogramme, zusätzlich zu den bisherigen Anstrengungen (Kosten 1 Million Franken). 3. Umlagerung der Polizeiarbeit zu mehr sichtbarer Präsenz an neuralgischen Orten (kostenneutral).

Wir beantragen die punktweise Abstimmung zu unserem Antrag. Eine Annahme der finanzrelevanten Punkte heisst nicht eine Aufstockung der Summe im Gegenvorschlag, sondern ersetzt den zusätzlichen Einkauf von Polizeistunden. Wir bitten um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Claudia Meier (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Vertreter der FDP sagten das Wesentliche bereits. Hier kurz die wichtigsten Fakten: Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nahmen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren massiv zu, dabei ist immer brutaleres Vorgehen zu beobachten. In der Stadt Bern erfolgte keine Erhöhung des Polizeibestandes seit fünfundzwanzig Jahren. Der Gemeinderat übte sich in Untätigkeit. Es ist höchste Zeit zum Handeln! Die Sicherheit in der Stadt Bern ist für uns ein wichtiges Thema. Deshalb unterstützen wir die Initiative.

Die Initiative fordert nicht bloss, wie immer wieder unterstellt wird, mehr sichtbare Polizeipräsenz. Es werden auch mehr Stunden im Bereich der Gewaltprävention gefordert. Beides braucht es. Vor allem gilt es im Bereich der sichtbaren Präsenz aufzuholen. Eine Erhöhung des Bestandes um 40 Polizisten oder 6 Prozent ist angebracht und nicht überrissen.

Punkto sichtbarer Polizeipräsenz muss dringend etwas getan werden. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, werden wir auch den Gegenvorschlag unterstützen. Auch wenn wir die Argumentation des Gemeinderates in vielen Punkten nicht nachvollziehen und teilen können, ist er besser als gar nichts. Die Fraktion BDP/CVP wird deshalb zweimal Ja stimmen, aber bei der Stichfrage klar der Initiative den Vorzug geben. Die Anträge der FSU zur Abstimmungsbot-

schaft werden wir mehrheitlich unterstützen, ebenso jenen der GLP. Den Antrag der GB/JA! lehnen wir in sämtlichen Punkten ab.

Peter Wasserfallen (SVP) für die Fraktion SVPplus: Eine Abstimmung hätte sich erübrigt, wenn in der Budgetdebatte unsere Vorschläge zur Erhöhung des Budgets um 5,3 bzw. 5,25 Millionen Franken angenommen worden wären. Der Bereich der sozialen Sicherheit in Bern wurde überausgebaut, hingegen litt die öffentliche Sicherheit. Gesellschaftliche Tendenzen führten dahin, hauptsächlich aber die politischen Verhältnisse. Nach den Nationalratswahlen räumten selbst SP-Exponenten wie Jacqueline Fehr, Ursula Wyss und der Polizeigewerkschafter Markus Meyer beim Thema Sicherheit Probleme ein. Zwar mögen Delikte gesamthaft abgenommen haben, hingegen nahmen die Delikte gegen Leib und Leben zu, die Gewalt legte an negativer Qualität zu. Im Unterschied zu anderen kantonalen Beamten gibt es für die Polizisten keine Fünftageweche mit regelmässigen Achteinhalbstudentagen. Ein Kantonspolizist muss auch nachts und an Wochenenden Präsenz zeigen, das muss unter der Woche kompensiert werden. So kann ein Sicherheitsvakuum entstehen, denn einmal fehlt der Polizist.

Wir haben das Problem, dass in der Stadt Bern von der politischen Mehrheit Sicherheit nicht verlangt wird. Wir verfügen nicht über genügend Polizeibeamte, um alle die Hotspots abzudecken. Wenn andere städtische Beamte, z.B. Lehrer oder Sozialamtsangestellte, unter solch widrigen Bedingungen arbeiten müssten und mit Anspucken oder Pflastersteinwürfen konfrontiert würden, wären sie schon lange auf die Barrikaden gegangen. Eine Erhöhung des Polizeibestandes per Initiative und generell auf Kantonsebene bringt faire Bedingungen für Polizisten und erhöht die öffentliche Sicherheit. Nach Meinung unserer Fraktion sollte nur die Initiative dem Volk vorgelegt werden, ohne den inhaltsleeren Gegenvorschlag. Bei einem Stichentscheid werden wir klar die Initiative unterstützen. Mit PINTO lässt sich Präsenz markieren, nützlich ist aber nur die sichtbare Polizeipräsenz mit einsatzbereiten Fusspatrouillen oder mit Zivilfahndern um Drogendeals zu unterbinden. Man muss dem Feind nicht zehn Schritte nachhinken, sondern einen Schritt voraus sein. Wir müssen den Polizisten unter fairen Bedingungen Gelegenheit bieten Sicherheit zu gewährleisten.

Zu den Anträgen der FSU: Antrag Nr. 1 lehnen wir ab, jede Abkürzung wird zuerst eingeführt. Antrag Nr. 2 zur Änderung des Bildes unterstützen wir, ebenfalls den Antrag Nr. 3, denn die Straftaten sollen als Delikte gegen Leib und Leben klar benannt sein. Antrag Nr. 4 unterstützen wir nicht. Antrag Nr. 5 lehnen wir ebenfalls ab, denn die Gewaltprävention stellt eine Schnittstelle dar. Gewaltprävention läuft auch an den Schulen oder mit PINTO, Gewaltprävention zur Sicherheit läuft über die Polizei. Den Kürzungsantrag der GLP unterstützen wir. Den Antrag der GB/JA! lehnen wir ab.

Dem Argument, das gehöre nicht in die GO, halten wir entgegen, dass wir in der Schweiz normalerweise Initiativen auf Verfassungsebene haben, das betrifft auf Gemeindeebene die GO. Wir können nach fünfundzwanzig Jahren Polizei bei gleichem Stand keine langwierige Gesetzesinitiative machen, denn die Zeit drängt.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Unsere Fraktion anerkennt, dass die Stadt Bern ein Sicherheitsproblem hat. Der Vergleich mit anderen Städten erscheint kaum relevant, denn jede Straftat ist eine zu viel. Objektive Fakten belegen dies: Die Delikte gegen Leib und Leben steigen stark an. Wer die Zeitungsberichte über gehäuft stattfindende Übergriffe auf der Grossen Schanze liest, weiss das. Das subjektive Sicherheitsgefühl hat sich verschlechtert. Beim Treffen mit städtischen Lehrlingen letzte Woche wiesen mich viele auf ein Problem hin. Mehr Polizeipräsenz erscheint manchen als Pflästerlipolitik, mehr präventive Massnahmen seien erforderlich. Trotzdem sagte die Mehrheit der jungen Leute aus, sie würden sich durch mehr sichtbare Polizeipräsenz sicherer und wohler fühlen.

Wir teilen das Ziel der Initiative: Eine sichere Stadt Bern. Der dazu nötige Personalbestand wurde seit 1982 nicht mehr aufgestockt, während andere Budgetposten finanziell und personell explodierten. Die vorliegende Volksinitiative hat ihren Zweck erreicht, indem sie den Gemeinderat und die rot-grünen Stadtratsparteien zum Handeln bewegte. Die Initiative geht aber sehr weit. Die FDP ist eine ansonsten auf Effizienz fokussierte Partei, die nicht einfach so mehr Mittel fordert. Eine derart massive Aufstockung und Erhöhung des Betrages ist man sich von der kostenbewussten FDP nicht gewohnt. Es entbehrt nicht der Ironie oder des Zynismus, wenn von linker Seite beklagt wird, dass dies zu massiven Mehrkosten führe und das für das Budget problematisch sei. Während der letzten Budgetdebatte war von Kostenbewusstsein auf dieser Seite nichts zu merken.

Grundsätzlich gehören Polizeistunden nicht in die GO. Den Initianten blieb keine andere Möglichkeit der Formulierung, das ist ein Problem des Systems. So ist es verständlich, wenn auch nicht befriedigend. Das Argument des Gemeinderates von den Mehrkosten durch die Anpassung des Ressourcenvertrages lassen wir nicht gelten: Bei der Abklärung des Gegenvorschlags mit Police Bern hätte der Gemeinderat die Initiative gleich mitbehandeln können, zumal er weiss, dass es den Initianten nicht möglich ist, direkt mit Police Bern zu verhandeln. Den Gegenvorschlag finden wir nicht besonders kreativ. Mit PINTO bringt er ein zusätzliches Element ein, ansonsten geht er einfach weniger weit. Es ist im Voraus nicht möglich zu beurteilen, ob der Gegenvorschlag ausreicht, oder ob die Initiative angenommen werden muss. In einem ersten Schritt macht die Zustimmung zu Initiative oder Gegenvorschlag keinen grossen Unterschied, denn Police Bern hat schon grosse Ressourcenprobleme beim Personal und wird die Initiative sowieso nicht auf einen Schlag umsetzen können.

Unsere Fraktion wird den Gegenvorschlag einstimmig annehmen. Im Falle der Initiative und einem Stichentscheid beschliessen wir Stimmfreigabe. Einige Leute in unserer Fraktion und Partei finden, dass der Gegenvorschlag vorerst weit genug geht und in Zukunft evaluiert werden muss, ob die heutigen Probleme fortauern und ob zusätzlicher Handlungsbedarf in Richtung der Initiative besteht. Andere Mitglieder der GLP erachten die Initiative als unabdingbar und wollen sie annehmen.

Die Anträge der GB/JA! lehnen wir insgesamt ab. Sie bedeuten eine Aufweichung des Gegenvorschlages und zeigen eine Ignoranz gegenüber den existenten Problemen. Eine Negierung dieses für einen Grossteil der Bevölkerung wichtigen Problems giesst Wasser auf die Mühlen der rechtsbürgerlichen Parteien. Es braucht Prävention und Repression in einem gesunden Verhältnis.

Wir stellen fest, dass die Abstimmungsbotschaft tendenziös ist. Kostenvergleiche mit anderen Städten sind unzulässig, dementsprechend lautet auch unser Antrag. Sonst müssten wir bei der nächsten Abstimmung über den Kulturleistungsvertrag auch den Vergleich mit anderen Städten heranziehen. Oder bei der Abstimmung über die KITA-Initiative müssten wir den Propkopfbeitrag für die Kinderbetreuung mit Boll und Wichtrach vergleichen, womit die linke Seite bestimmt nicht einverstanden wäre.

Der Antrag der FSU, dass die falsche Statistik aus der Abstimmungsbotschaft entfernt und durch die Statistik über die Delikte gegen Leib und Leben ersetzt werden muss, ist in unserer Fraktion unbestritten. Ein Beispiel zur Illustration: Will man das Raserproblem beziffern, nimmt man nicht eine Statistik, die alle Verkehrsdelikte inklusive Parkvergehen beinhaltet, sondern eine, die einzig Geschwindigkeitsübertretungen berücksichtigt. Ich bitte die Gegner der Initiative fair zu bleiben und der Bevölkerung nur Statistiken vorzulegen, die realen Bezug zum Problem haben.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Aus dem Vortrag des Gemeinderats ist zu erfahren, dass die Kriminalitätsstatistik einen Rückgang der Straftaten aufweist, dass Bern in einer vergleichenden internationalen Studie hinter Luxemburg als die sicherste Stadt fungiert, dass Kriminalität als Problem für die Berner Bevölkerung an Bedeutung verloren hat und hinsichtlich dieser Problematik im Vergleich mit anderen Schweizer Städten das „positive Schlusslicht“ darstellt. Die Tendenz scheint einhellig und eindeutig. Die Tendenz von Initiative und Gegenvorschlag allerdings ebenso: Mehr Polizeipräsenz!

Wie lässt sich das zusammen bringen? 1. Man vermische Kriminalität mit andern Themen, wie Sauberkeit und Ordnung. Das ergibt eine brisante Mischung aus Raub, Kokaingeschäft, Keilerei, Littering, wildem Plakatieren und Rülpsen in der Öffentlichkeit. Eine Mischung, so wild und wuchernd wie PINTO, der gehätschelte Wadenbeisser mit menschlichem Antlitz. 2. Man rede von gegenläufigen Tendenzen, von „Schatten“, von „neuralgischen Brennpunkten“: „Rund um die besonders betroffenen Orte werden sehr oft Alkohol (in Klubs, Bars oder im Freien) oder Drogen konsumiert.“ 3. Man gebe zu bedenken, „dass die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Drogenabhängigen und anderen Randständigen in letzter Zeit stark abgenommen hat.“ 4. Man beschwöre „sportliche Grossveranstaltungen“, die jedes polizeiliche Zeitbudget über den Haufen werfen.

Dazu meint die PdA Bern: Zu 1: Wenn wir von Kriminalität reden, reden wir von Kriminalität; wenn wir von Sauberkeit reden, von Sauberkeit. Eine Vermischung dieser Bereiche ist rechtsstaatlich fragwürdig und demagogisch. Genauso fragwürdig und demagogisch wie die Vermischung von Prävention, Repression und Toleranz. Zu 2: Wo sind eigentlich die „neuralgischen Brennpunkte“ zu finden, die ihre Schatten werfen auf die Sicherheitslage in der Stadt Bern? Ich zitiere noch einmal: „Rund um die besonders betroffenen Orte werden sehr oft Alkohol (in Klubs, Bars oder im Freien) oder Drogen konsumiert.“ Folgen wir der Logik der Initiative und des Gegenvorschlags, muss die Allgemeinheit für ein grösseres Polizeiaufkommen sorgen, damit der privat vermarktete und kommerziell einträgliche Drogenkonsum ungestört florieren kann, nämlich „in Klubs, Bars oder im Freien“ – Konsum bis zum Abwinken. Nach unserer Meinung sollen für die Kollateralschäden die kommerziellen Verursacher aufkommen, pikanterweise schreien die heute am lautesten nach zusätzlicher Polizeipräsenz. Zu 3: Dass „die Toleranz der Bevölkerung gegenüber Drogenabhängigen und anderen Randständigen in letzter Zeit stark abgenommen hat“, ist tatsächlich ein echtes Problem. Es ist das Problem einer Bevölkerung, der in gesellschaftlicher Krise und existenzieller Verunsicherung die Ventile geöffnet werden gegenüber sozial Schwachen und an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten. Zu 4: Sportliche Grossveranstaltungen belasten das Zeitbudget der Polizei. Sie haben jedoch mit der städtischen Sicherheitslage direkt nichts zu tun. Auch nicht mit ihrer subjektiven Seite, wie Zehntausende jedes Wochenende belegen. Wird das Problem konkret benannt, findet es auch konkrete Lösungen. Hier im Rat sind Varianten diskutiert worden. Weitere werden folgen.

Konkrete Antworten auf konkrete Fragen und Probleme: Die Stadt hat gute Erfahrungen sammeln können und beispielsweise mit dem niederschweligen Angebot der Anlaufstelle Hodlerstrasse die Lebensqualität und Sicherheit sowohl von drogenabhängigen als auch von anderen Bürgerinnen und Bürgern wesentlich verbessern können.

Initiative und Gegenvorschlag setzen auf Pauschalisierung und Vermischung unterschiedlicher Problemlagen. Wir lehnen deshalb sowohl Initiative wie Gegenvorschlag ab: Sie sind nicht die Lösung der Fragen urbaner Sicherheit, sondern Teil des Problems. Mit oder ohne PINTO – Leistungsausbau aufseiten der Repression lehnen wir ab.

Der Kommentar zum Bild auf der Abstimmungsbotschaft: Eine polizeilich befriedete Gesellschaft entspricht nicht unserer Utopie. Harmonie dank Uniform, davor graust uns. Die Vertre-

ter von Ruhe und Säuberung werden wir mit unseren Argumenten nicht umstimmen. Aber verschonen Sie die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der Geschmacklosigkeit Ihrer autoritären Fantasien. Am Bild kann man sie erkennen – im Bild entlarven sie sich.

Rahel Ruch (JA!): Unsere Haltung zur Initiative und zum gemeinderätlichen Gegenvorschlag ist wie folgt begründet: 1. Zur Sicherheitslage in der Stadt Bern. Wie der Gemeinderat in seinem Vortrag richtig beschreibt, ist die Stadt Bern nicht unsicher. Die gegenteilige Behauptung schürt Angst, um die Stimmung in diesem Abstimmungskampf anzuheizen. Laut der im Gemeinderatsvortrag angeführten Bevölkerungsbefragung fühlen sich die Bernerinnen und Berner nicht unsicher, sondern stören sich an verschiedenen Dingen, beispielsweise an Drogenproblemen. Offenbar nimmt die Toleranz ab gegenüber Leuten, die nicht in den Mainstream passen. Das hat nichts mit Gewaltdelikten zu tun, sondern mit dem Konkurrenzkampf innerhalb der Gesellschaft, in der in Zeiten der Wirtschaftskrise alle um ihren Platz kämpfen müssen. Es geht um ein subjektives Unsicherheitsgefühl, das nicht zuletzt durch die Kampagne der Bürgerlichen und durch die Skandalisierung der Medien produziert wird. Ich wiederhole hier nicht die Analyse des Gemeinderates, die grundsätzlich zutrifft. Die JA! kommt auch zum Schluss, dass die Initiative abzulehnen ist. Welche Handlungsmöglichkeiten lassen sich aus der Analyse ableiten? Der Gemeinderat leitet daraus seinen Gegenvorschlag ab, das bedeutet: Mehr Polizei und mehr PINTO. Für uns ist dieser Gegenvorschlag unverständlich, denn er ist kein ganzheitliches Konzept und steuert in dieselbe Richtung wie die Initiative, nur leicht abgeschwächt. Dieser Sicherheitsdiskurs muss aber durchbrochen werden. Die Gleichung, mehr Gewalt in der Zeitung verlangt mehr Polizeigewalt, geht nicht auf. Der Rückfall in eine „Law and Order“-Politik bringt nicht viel ausser Mehrkosten und verdeckt die wahren Probleme und Ursachen von Gewalt. Welche Sicherheit wollen wir denn? Wollen wir die Sicherheit, die hinter jede Bürgerin und jeden Bürger einen Polizisten stellt? Oder wollen wir eine Sicherheit, die Gewalt in dieser Gesellschaft als nicht legitimes Mittel erachtet? Sicherheit bedeutet nicht Uniformen und Blaulicht, sondern besteht darin, den Menschen eine Perspektive zu geben und einen gewaltfreien Umgang vorzuleben, dass häusliche Gewalt eingedämmt und genügend Mittel vorhanden sind, um Drogenabhängigen ein würdiges Leben zu garantieren und die Stadt Bern endlich eine aufsuchende Jugend- und Gassenarbeit hat. Es ist Zeit, die Probleme anzupacken und die Pflasterlipolitik zu beenden. Es geht um Realpolitik, im Endeffekt geht es um Geld. Wir haben ein Budget, es ist zu überlegen, was mit dem Geld anzufangen ist. Wir können damit weiter Symptombekämpfung machen oder die Ursachen angehen. Anstatt 5 Millionen Franken in sinnlose Polizeipatrouillen zu investieren, braucht es Alternativen. Wem es in diesem Saal wirklich um die Menschen geht und nicht um politisches Kalkül, sei gebeten den Anträgen von GB/JA! zuzustimmen. Wir lehnen sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag ab.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Der Gemeinderat versucht auf den Seiten 3 und 4 des Vortrages mit Statistiken einen deutlichen Rückgang bei der Gesamtzahl der statistisch erfassten Straftaten in der Stadt Bern seit 2006 zu belegen. Gleichzeitig wird argumentiert, die gegenüber 2006 und 2007 höheren Zahlen für 2008 seien damit nicht vergleichbar, eine zentrale Datenbank mit vergleichbaren Daten auf eidgenössischer Ebene werde erst ab 2010 existieren. Es gibt bereits vergleichbare offizielle Daten auf europäischer Ebene. Die EU erfasst im Rahmen des Urban Audit (<http://www.urbanaudit.org/DataAccessed.aspx>) seit 1999 teilweise auch schweizerische Daten. Ich nenne ein paar Zahlen, die das Jahr 2004 betreffen, das sind die neuesten greifbaren Daten (die neuste Erhebung für das Jahr 2007 wird in Kürze verfügbar sein). Erfasst wurde die Gesamtzahl „of recorded crimes“ pro 1 000 Einwohner. In der Schweiz rangiert auf Platz 1 die Stadt Bern mit 172,7 Straftaten pro 1 000 Einwohner. Platz 2 belegt Genf mit 166,2. Auf Platz 3 liegt Zürich mit 125,29 erfassten Straftaten. Lausanne

weist mit 85,05 den tiefsten Wert auf. Als Bezugsrahmen ein paar Zahlen aus Deutschland: Platz 1 ist Berlin mit 159,3, im Mittelfeld liegt Bonn mit 115 Straftaten pro 1 000 Einwohner, Dresden liegt bei 100,39. Bern steht in diesem Vergleich an der Spitze.

Das Argument, Bern habe eigentlich kein Sicherheitsproblem oder wenigstens kein dramatisches, wird dadurch entkräftet. Es fragt sich, wer hier ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit hat: Ist es die Bevölkerung oder ein gewisser Teil der Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung? Verzichten wir auf Symptombekämpfung und packen wir stattdessen das real existierende Problem an. Dazu stellt die Initiative das geeignete und angemessene Mittel dar. Der Gegenvorschlag ist bloss eine Beruhigungsspielle, die Rot-Grün nur unter dem Druck der Initiative mühsam abzurufen war. Handeln Sie konsequent und stimmen Sie der Initiative zu.

Edith Leibundgut (CVP): Die CVP Familie-Arbeit-Sicherheit steht hinter der Initiative. Das klare Bekenntnis zur Präventionsarbeit ist mitunter der wichtigste und nachhaltigste Inhalt dieser Initiative. Nicht nur an Schulen, in Spitälern und auf der Strasse ist die zunehmende Brutalisierung ein Thema, auch die Jugendstrafanstalten gelangen an ihre Grenzen. In der Sendung „10 vor 10“ räumte gestern ein Verantwortlicher der Strafanstalt Prêles ein, dass Jugendliche je renitenter sie sich verhielten, desto eher aus ihrer Erziehungsmassnahme entlassen würden. Wer raus will, geht am besten tötlich gegen seine Betreuer vor. Das mag paradox erscheinen, so läuft es aber. Scheinbar kann sich niemand mehr um die jungen Menschen kümmern, die zur Gefahr für das eigene Leben werden könnten. Nicht einmal mehr im Rahmen einer Erziehungsmassnahme. Die Jugendstrafanstalten stossen an ihre Grenzen. Ein afrikanisches Sprichwort besagt, um ein Kind grosszuziehen, braucht es ein ganzes Dorf. Als Gesellschaft sind wir davon weit entfernt. Oftmals fühlen nicht einmal die Eltern sich für den eigenen Nachwuchs verantwortlich. Wir sind alle gefordert Verantwortung zu zeigen: Die Jugendlichen mit ihrem Verhalten zu konfrontieren, gewalttätiges Verhalten zu verhindern und beherzt einzugreifen, wenn Kinder offensichtlich vernachlässigt oder misshandelt werden, denn dort nimmt der Teufelskreis seinen Anfang. Ein Jugenddienst, der auf der Gasse aktive Arbeit leistet und in ständigem Kontakt zu den Jugendlichen steht, leistet Präventionsarbeit und ermöglicht Jugendlichen einen Weg in die Zukunft. Präventionsarbeit benötigt ein klares Budget und klare Zielvorgaben. Mit einer nachhaltigen Prävention investieren wir in unsere Zukunft. Dieser Vorschlag liegt mit der Initiative vor, deshalb geben wir ihr den Vorzug.

Bernhard Eicher (JF): Zur Kostenfrage: Es wurde gesagt, Initiative wie Gegenvorschlag kosten mehr. Im Vergleich mit der Situation vor der Kantonalisierung der Polizei stimmt das nicht. Da wurden 6 Millionen Franken eingespart, der Kanton schlug damals vor, das Geld für mehr Sicherheit einzusetzen, was Ratsmehrheit und Gemeinderat aber ablehnten. Im Prinzip kommen wir auf diese Situation zurück: Es kostet also nicht mehr, sondern das, was man früher ausgab, gibt man jetzt neu wieder aus. Das auf linker und grüner Seite entstandene Kostenbewusstsein ist interessant. Ich erinnere daran, dass im Sozialbereich 130 Millionen Franken ausgegeben werden, die Polizei kostet 28 Millionen Franken. Beim letzten Budget von 2009 auf 2010 wurden allein beim Sozialamt 6 Millionen Franken mehr ausgegeben. Da fiel kein Votum, das vorschlug 2,5 Millionen Franken seien verhältnismässig, aber 6 Millionen Franken könne man sich nicht leisten. Das Budget und die mittelfristige Finanzplanung, die SP und Grüne zur Annahme empfehlen, sieht minus 17 Millionen Franken für 2011 vor, ein Minus von 23,5 Millionen Franken für 2012, ein Minus von 24,5 Millionen Franken für 2013. Wo bleibt da das Kostenbewusstsein?

Auch ein weiteres Anliegen ist hier zu platzieren: Wo sind denn die Gewerkschafter, wenn es um die Erhöhung von Polizeipersonal geht? Das Geschrei geht sofort los, wenn im öffentlichen Bereich eine einzige Stelle abgebaut werden soll. Man nennt dies dann einen unververtretbaren Leistungsabbau, einen Raubbau am öffentlichen Sektor und massive Gefährdung des

Service public. Aber auf Gewerkschaftsseite scheint es niemanden zu stören, dass seit 27 Jahren dieselbe Anzahl Polizistinnen und Polizisten arbeitet. Seit ein paar Jahren häufen sich Klagen, die Polizei leide massiv unter Überstunden, das interessiert scheinbar niemanden. Um den zunehmenden Leidensdruck der Polizistinnen und Polizisten schert sich keiner. Sich häufende Übergriffe auf Polizeibeamte scheinen niemanden zu interessieren. Dass der Polizeiberuf immer unattraktiver wird, kümmert niemanden. Wo bleiben hier SGB und VPOD, wo die UNIA? Wo bleiben die wehenden Fahnen und Trillerpfeifen? Es bleibt einfach still. Ich zitiere das Diktum des SGB-Präsidenten Paul Rechsteiner vom wieder zurückkehrenden Klassenkampf. Offensichtlich ist dem so: Auf der einen Seite gibt es die übrigen öffentlichen Angestellten und auf der anderen die Polizisten und Polizistinnen, die in Gewerkschaftskreisen nicht zählen.

Hasim Sancar (GB): Wir haben einen Vertrag mit dem Kanton, noch bevor dessen Tinte trocken war, kam die FDP mit ihrer Initiative. Die Statistiken, die wir präsentieren, waren dem Kanton bekannt. Man darf nicht vergessen, dass die häusliche Gewalt als Offizialdelikt 2004 eingeführt wurde, was zu einer Erhöhung der Statistik führte. Ich beziehe mich auf Statistiken, die auf der Homepage des Kantons Bern unter folgendem Link zu finden sind:

http://www.police.be.ch/site/index/pom_kapo_news/pom_kapo_krimi_statistik/content-newpage-kripo_statistik08.htm.

Da ist zwischen 1989 und 2007 eine Abnahme zu verzeichnen. 2006 gab es 24 und 2007 gab es 15 Tötungsdelikte. Auch die Körperverletzungen verzeichnen zwischen 1998 bis 2007 eine Abnahme. Mittlerweile liegen die Zahlen für 2008 vor. Im Kanton Bern steigen die Zahlen bei Raub und Körperverletzung. Für die Gemeinde Bern ist nur bei Raubdelikten eine Erhöhung festzustellen, die das Kantonsniveau aber nicht übersteigt. Insgesamt sind die Zahlen für die Gemeinde besser als für den Gesamtkanton.

Robert Meyer (SD): Einige Vorredner führten aus, dass ein Nachholbedürfnis besteht. Die Polizei wurde aus politischen Gründen immer hintangestellt. Ich will ein paar Aussagen von Rolf Zbinden kommentieren, der in eloquenten Worten ein interessantes Votum abgab, dem ich inhaltlich aber nicht folgen kann. In einem harmlosen Bild entdeckt er Ansätze eines Polizeistaates, er zeigt damit (s)eine Polizeiphobie. Er versteigt sich in Theorien, dass die Alkohol ausschenkenden Wirte daran schuld seien, wenn die Leute sich betrinken und dann Schlägereien anzetteln. Das ist ein eigenartiges Weltbild. Ich habe ein anderes Menschenbild: Mir scheint jeder selber dafür verantwortlich, ob er eine Schlägerei anzettelt. Ihn soll die Polizei ergreifen, der Wirt oder die sogenannte Kommerzgesellschaft hat damit nichts zu tun. Rolf Zbinden kritisiert, dass Kriminalität und Sauberkeit oftmals zusammen genannt werden. Natürlich sind dies unterschiedliche Themen. Erfahrungsgemäss weisen sie aber einen Zusammenhang auf, wie Rudy Giuliani, der ehemalige Bürgermeister von New York richtig erkannte. In einer sauberen Stadt bleiben Tendenzen zu Littering und Verwahrlosung eingedämmt und dadurch wird die Schwelle zur Kriminalität hinaufgesetzt.

Rudolf Friedli (SVP): Die Statistiken zeigen klar, dass die Stadt Bern ein Gewaltproblem aufweist, die linke Schönrederei nützt dagegen nichts. Es gehört zu den Grundaufgaben eines Gemeinwesens dafür zu sorgen, dass Bürger auf der Strasse nicht zusammengeschlagen werden. Oftmals wird die von der linken Seite hoch geschätzte Sozialarbeit hervorgehoben. Dem muss ich entgegen, dass die Präventionsarbeit schon ihre Berechtigung hat. Versagt sie aber, muss die Polizei die Bürger schützen. Das will und muss die Initiative unternehmen. Dabei wird auch auf Polizeipräventionsarbeit gesetzt, dieser Aspekt scheint in dieser Diskussion unterzugehen. Der Gegenvorschlag ist eine reine Alibiübung, eine homöopathische Pille, sozusagen ein Baldriantröpfchen zur Beruhigung der Bevölkerung.

Philippe Müller (FDP): Ein paar Stellungnahmen zum Gesagten: 1. Die Sache ist nicht rein polizeilich, immerhin werden Präsenz und Prävention gemacht. PINTO können wir mittels Initiative nicht verlangen, denn es gilt die Einheit der Materie zu berücksichtigen. Die Unterstellung wir setzen bloss auf die Polizei ist unfair, die anderen Massnahmen befinden wir selbstverständlich auch für gut. 2. Die Behauptung, dass das erforderliche Polizeipersonal nicht rekrutiert werden könne, ist unwahr. Der kantonale Polizeidirektor sagte, man bekommt das Personal, wenn man es bestellt. Es braucht dafür etwa drei Jahre, wie sie der Gegenvorschlag vorsieht. 3. Die Polizeikosten pro Einwohner bieten ein weiteres Scheinargument. Die Tatsache, dass wir die höchsten Ausgaben aufweisen, liegt in der Zentrumsfunktion begründet. So haben wir auch die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur, die höchsten Sozialausgaben und die höchsten Ausgaben im Drogenbereich oder für Demos und Sportveranstaltungen, das liegt in der Natur der Sache. 4. Der von Christine Michel behauptete Ausbau aufgrund der jetzigen 42 Wochenstunden anstelle der Vierzigstundenwoche bei der Polizei ist unrichtig, denn die Stadt bestellt Stunden und nicht Leute. 5. Zum Gegenvorschlag des Gemeinderates: Da will er also nach dreissig Jahren die Polizei um 2 Prozent erhöhen. 2 Prozent sind 0,007 Prozent pro Jahr, also nicht einmal ein Promille Polizeiverstärkung pro Jahr. Anbetrachts der Steigerung der Gewalt ist das weniger als eine Alibiübung. Weiter hiess es, mit dem Gegenvorschlag brauche es keine Änderung des Ressourcenvertrages, sondern nur eine Zusatzvereinbarung. Juristisch bedeutet eine Zusatzvereinbarung eben eine Änderung eines Vertrages. 6. Je nach Auftraggeber fallen Statistiken sehr unterschiedlich aus. Aber wer zusammengeschlagen wurde, interessiert sich nicht für die Zahlen in diesen Studien.

Direktor SUE *Reto Nause* für den Gemeinderat: Dank an Corinne Mathieu für die objektive Darstellung von Initiative und Gegenvorschlag. Bern ist eine sichere Stadt – das ist vorwegzuschicken. Die Anzahl der Straftaten insgesamt liegt konstant, beziehungsweise leicht sinkend, bei 22 500 Fällen pro Jahr. Delikte gegen Leib und Leben stehen bei 570 Fällen im Jahr 2006 und bei 513 Fällen im Jahr 2007. Das macht 2,6 Prozent der gesamten Straftaten aus. Die heute zitierte Mercer-Studie, eine international vergleichende Studie, die 250 Städte vergleicht, weist Bern hinter Luxemburg den zweiten Platz zu. Bern ist kein Sündenpfuhl, wo man sich nicht mehr ins Freie getrauen kann. Wir haben aber Probleme und müssen aufpassen, dass die an sich gute Situation nicht kippt. Wir haben Probleme an Wochenenden, zwischen 3 und 5 Uhr morgens, an bekannten Brennpunkten wie Schützenmatte, Aarberggasse, Untere Altstadt, Grosse und Kleine Schanze und wir haben eine neue Qualität der Gewalt. Es wird nicht öfter zugeschlagen, aber es wird früher, härter und brutaler zugeschlagen. Auch erleben wir immer mehr Aggressionen gegenüber Polizistinnen und Polizisten, wie es früher nicht der Fall war. Es ist problematisch, dass wir sehr viele Ressourcen gegen Gewalt im Sport einsetzen müssen. Die Polizistinnen und Polizisten, die am Wochenende im Stadion Einsatz leisten müssen, fehlen in den Quartieren und in der Innenstadt, um dort präventive Präsenz zu markieren. Diese Probleme sind mittels einer personellen Aufstockung unserer Ordnungskräfte – Polizei und PINTO – zu bewältigen. PINTO ist ein gutes Angebot, das niederschwellig wirkt, indem es an den Brennpunkten präsent ist und eng mit der Kantonspolizei und mit der Bevölkerung zusammenarbeitet. PINTO hat sich bewährt. Mit Massnahmen wie Videoüberwachung wäre dem Problem ebenfalls beizukommen, dies lehnte der Rat aber leider immer ab. Einige Probleme wären lösbar durch Einführung eines Entfernungsbekleidungsreglement, der uns eine Handhabung bei gewalttätigen Kundgebungen böte. Konkret schlägt der Gemeinderat die Investition von 2,2 Millionen Franken für mehr Sicherheit vor. Das ist kein Pappentier: Es bedeutet einen Einkauf von 20 000 Stunden Fusspatrouillenpräsenz an genau jenen kritischen Brennpunkten zu den erforderlichen Zeiten. Das ist eine für die Stadt Bern massgeschneiderte Lösung, die wir mit der Kantonspolizei ausgehandelt haben. Für die Um-

setzung des Gegenvorschlages wird ein separates Controlling dieser City-Patrol-Leistung erfolgen und ein separates Zusatzabkommen getätigt. Wir wollen für PINTO 240 zusätzliche Stellenprozente. Die Initiative entstand in einer konjunkturell andersgearteten Zeit, mit Ausgaben von fast 6 Millionen Franken ist sie heute finanziell kaum verkraftbar und zöge mit Sicherheit Sparprogramme nach sich.

Der Gemeinderat stimmt mit Ausnahme von Nr. 1 sämtlichen Anträgen der FSU zu. Zum Antrag Nr. 1 der FSU ist anzumerken, dass die Abkürzungen zuerst in Klammern eingeführt werden, ein ständiges Ausschreiben macht die Abstimmungsbotschaft nur unnötig länger. Die Anträge der GB/JA! werden vom Gemeinderat abgelehnt.

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild*: Ich weise darauf hin, dass es keine Stichfrage zu beantworten geben wird. Wir beginnen mit der punktweisen Abstimmung zum Änderungsantrag GB/JA! zum Gegenvorschlag.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag GB/JA! Punkt 1 (Errichtung zweite Drogenanlaufstelle) ab (12 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bill Lea JA!, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Michel Christine GB, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Zbinden Rolf PdA

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP, Gubser Beat EDU, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jordi Stefan SP, Köpfli Michael GLP, Kohli Vania BDP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zimmerli Christoph FDP, Zobrist Beat SP

Enthaltungen: Keller Ruedi SP, Mordini Patrizia SP, Walliser Tanja SP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL.

2. Der Stadtrat lehnt Änderungsantrag GB/JA! Punkt 2 (Ausbau nicht polizeiliche Gewaltprävention) ab (14 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bill Lea JA!, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Keller Ruedi SP, Michel Christine GB, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Walliser Tanja SP, Zbinden Rolf PdA

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Gros-

jean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Grossi Guglielmo SP, Jordi Stefan SP, Mordini Patrizia SP, Schwarz Miriam SP
Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

3. Der Stadtrat lehnt Änderungsantrag GB/JA! Punkt 3 (Umlagerung Polizeiarbeit) ab (14 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bill Lea JA!, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Keller Ruedi SP, Michel Christine GB, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Walliser Tanja SP, Zbinden Rolf PdA

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP, Gubser Beat EDU, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Jordi Stefan SP, Mordini Patrizia SP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

4. Der Stadtrat lehnt die Initiative ab (31 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi

Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Enthaltungen: Flückiger Jan GLP, Köppli Michael GLP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Büechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

5. Der Stadtrat stimmt dem Gegenvorschlag des Gemeinderats zu (36 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung).

Mit Ja stimmen: Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Göttin Thomas SP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Anliker-Mansour Cristina GB, Beuchat Henri-Charles CVP, Bill Lea JA!, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Jeannette GB, Glauser Simon SVP, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Leibundgut Edith CVP, Meyer Robert SD, Michel Christine GB, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Walliser Tanja SP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Büechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

Abstimmungsbotschaft

Änderungsanträge der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)

Antrag Nr. 1

Die in der Botschaft verwendeten Abkürzungen sind auszuschreiben.

Antrag Nr. 2

Das Titelbild der Abstimmungsbotschaft wird ersetzt.

Antrag Nr. 3

Auf Seite 5, linke Spalte, wird der 1. Abschnitt wie folgt umformuliert: „Gemäss Kriminalstatistik haben **zwar** die erfassten Straftaten in der Stadt Bern in den Jahren 2006/ 2007 **deutlich insgesamt** abgenommen und wieder das Niveau von 1999 erreicht. **Die Delikte gegen Leib und Leben dagegen haben zwischen 1998 und 2007 um rund 49 Prozent zugenommen.**“

Ob es sich ~~dabei~~ **beim Rückgang der Straftaten insgesamt** schon um eine dauerhafte Trendumkehr handelt, kann noch nicht beurteilt werden.“

Antrag Nr. 4

Auf Seite 5, linke Spalte wird der erste Satz im 2. Abschnitt wie folgt ergänzt: „In einer internationalen Studie, welche die Sicherheit und Kriminalität in 215 grösseren Städten untersuchte, kam Bern hinter Luxemburg auf den **guten 2. Platz.**“

Antrag Nr. 5

Auf Seite 6, rechte Spalte, lautet der letzte Satz neu: „Klar ist, dass die Forderungen der Initiative sowohl bei der sichtbaren (uniformierten) Polizeipräsenz als auch bei der **polizeilichen** Gewaltprävention einen massiven Leistungsausbau bedeuten würde.

Antrag Fraktion GLP zu Seite 8, Abschnitt 2 "Zu hohe Kosten"

Die Initiative verursacht mit jährlich 5,8 Mio. Franken beträchtliche Mehrausgaben.

~~Die Initiative verursacht mit jährlich 5,8 Mio. Franken beträchtliche Mehrausgaben. Schon heute hat die Stadt Bern mit Abstand die höchsten Sicherheitskosten im ganzen Kanton zu tragen: 231 Franken pro Einwohner oder Einwohnerin (Biel: 187 Franken, Thun 88 Franken). Mit der Umsetzung der Initiative würde die Belastung auf 278 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner erhöht.~~

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 FSU (Abkürzungen ausschreiben) zu (41 Ja, 16 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Frieden Urs GB, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Imhof Mario FDP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Rub Pascal FDP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Chheng Rithy SP, Friedli Rudolf SVP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Hofer Jimmy parteilos, Jaisli Ueli SVP, Keller Ruedi SP, Köpfler Michael GLP, Meyer Robert SD, Schuler Rolf SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschield stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 FSU (Titelbild ändern) zu (66 Ja, 3 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Anliker-Mansour Cristina GB, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Bill Lea JA!, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Jeannette GB, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Köpfler Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD,

Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Rub Pascal FDP, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Frieden Urs GB, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

Streichungsantrag Müller zu Antrag 3 der FSU (Seite 5, linke Spalte, 1. Abschnitt)

~~„Ob es sich beim Rückgang der Straftaten insgesamt schon um eine dauerhafte Trendumkehr handelt, kann noch nicht beurteilt werden.“~~

Philippe Müller (FDP): Grundsätzlich sind wir für den Antrag 3 der FSU. Wenn man schon die Gesamtkriminalität herbeizieht, obwohl der Rückgang der Gesamtstraftaten irrelevant ist, sollte der letzte Satz gestrichen werden, wo dies noch weiter ausgeführt wird. Wir stellen den Antrag, den Satz zu streichen, denn er sagt nichts zur Gewaltthematik aus.

Änderungsantrag Friedli zu Antrag 3 der FSU (Seite 5, linke Spalte, 1. Abschnitt ersetzen)

Die Delikte gegen Leib und Leben haben gemäss Kriminalstatistik in den Jahren 1998 bis 2007 um rund 49 Prozent zugenommen.

Rudolf Friedli (SVPplus): Die Botschaft muss gar nicht erwähnen, wie sich die Kriminalstatistik bei allen Delikten entwickelte. Das ist irrelevant. Es genügt, die massgeblichen Gewaltdelikte aus der Kriminalitätsstatistik zu nennen und dabei zu erwähnen, dass diese Gewaltdelikte in den Jahren 1998 bis 2007 um 49 Prozent zunahmen. Der letzte Satz ist nicht nötig, wie Philippe Müller sagte. Es ist längstens klar, dass eine Trendwende hin zu Gewaltdelikten eingetreten ist. Wir stellen den Antrag diesen Absatz mit folgendem Satz zu ersetzen: „Die Delikte gegen Leib und Leben haben gemäss Kriminalstatistik in den Jahren 1998 bis 2007 um rund 49 Prozent zugenommen.“

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild:* Es gibt zwei neue Anträge – den der FDP auf Streichung des letzten Satzes und den der SVPplus auf Streichung und Neuformulierung des Abschnittes. Wir stimmen dazu separat ab. Zuerst über die Streichung des oberen Abschnittes dieses Absatzes, dann über den zweiten Satz.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag Friedli auf Streichung des oberen Teils ab (30 Ja, 40 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köpfli Michael GLP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

2. Der Stadtrat lehnt den Streichungsantrag Müller ab (29 Ja, 41 Nein).

Mit Ja stimmen: Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Wertli Béatrice CVP, Weil Thomas SVP, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

3. Der Stadtrat nimmt den Antrag 3 der FSU an (58 Ja, 13 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Dana Dolores FDP, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP,

Gubser Beat EDU, Gül Leyla SP, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Leibundgut Edith CVP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Mordini Patrizia SP, Müller Philippe FDP, Omar Nadia GFL, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger

Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Widmer Manuel C. GFL, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bill Lea JA!, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Michel Christine GB, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB, Walliser Tanja SP, Zbinden Rolf PdA

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

Streichungsantrag Friedli zu Antrag 4 der FSU (Seite 5, linke Spalte, 2. Abschnitt, 1. Satz)

~~In einer internationalen Studie, welche die Sicherheit und Kriminalität in 215 grösseren Städten untersuchte, kam Bern hinter Luxemburg auf den guten 2. Platz.~~

Rudolf Friedli (SVP): Wir beantragen die Streichung des ganzen ersten Satzes des 2. Abschnitts. Er ist missverständlich, weil da gesagt wird, es wurden Sicherheit und Kriminalität untersucht. Der Begriff Kriminalität ist vage, er kann Gewaltdelikte beinhalten, aber eben auch die Gesamtheit aller Straftaten meinen. Man weiss nicht, was das Thema dieser Statistik ist. Der Satz ist desinformierend und deshalb zu streichen. Es reicht aus, wenn der Abschnitt mit dem zweiten Satz unter der Überschrift „Was Befragungen zeigen“ beginnt.

4. Der Stadtrat lehnt den Antrag Friedli auf Streichung des ersten Satzes im 2. Abschnitt ab (31 Ja, 39 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 FSU ab (51 Ja, 11 Nein).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Bill Lea JA!, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Fischer

Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Glauser Simon SVP, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Jaisli Ueli SVP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Kohli Vania BDP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meier Claudia BDP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Dana Dolores FDP, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Imhof Mario FDP, Köpfler Michael GLP, Sollberger Tanja GLP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klausner Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

6. Der Stadtrat nimmt den Antrag 5 FSU an (55 Ja, 10 Nein).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Bartlome Vinzenz BDP, Battagliero Giovanna SP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Bill Lea JA!, Blaser Manfred SVP, Bürki Thomas M. BDP, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Friedli Rudolf SVP, Glauser Jeannette GB, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Jaisli Ueli SVP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Meyer Robert SD, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sollberger Tanja GLP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bühler Peter SVP, Dana Dolores FDP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Imhof Mario FDP, Müller Philippe FDP, Schneider Martin parteilos, Zimmerli Christoph FDP

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klausner Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

7. Der Stadtrat lehnt den Antrag GLP (Neuformulierung Seite 8, Abschnitt 2) ab (29 Ja, 39 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köpfler Michael GLP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi

Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rachel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL, Zbinden Rolf PdA

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

Ordungsantrag

Ordungsantrag Bernhard Eicher (JF):

Ich stelle den Rückkommensantrag, über den Gegenvorschlag nochmals abzustimmen, weil beim Abstimmen ein paar Ratsmitgliedern ein Irrtum unterlief.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Rückkommensantrag Eicher ab (34 Ja, 38 Nein).

Mit Ja stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasesem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Kohli Vania BDP, Köppli Michael GLP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Rub Pascal FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Mit Nein stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Elsener Susanne GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rachel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Streit-Stettler Barbara EVP, Theiler Luzius GPB-DA, Trachsel Martin EVP, Trede Aline GB, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL,

Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

Rudolf Friedli (SVPplus): Ich empfehle die Zustimmung zur Botschaft. Zur vorherigen Abstimmung meine ich, dass es von der linken Seite undemokratisch war, jemandem nicht eine zweite Chance einzuräumen, die via Abstimmungsknopf irrtümlich falsch geäusserte Meinung zu korrigieren.

Michael Köppli (GLP): Mich befremdet das Verhalten in diesem Rat. Es ist Usanz, jedem Rückkommen zuzustimmen. Es stört mich, dass die Abstimmungsbotschaft von der knappen Mehrheit bewusst tendenziös verabschiedet wurde. Ich werde mich konsequent enthalten bei dieser Abstimmungsbotschaft und empfehle Ihnen dasselbe zu tun.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt die bereinigte Abstimmungsbotschaft an (34 Ja, 31 Nein, 4 Enthaltungen).

Mit Ja stimmen: Anliker-Mansour Cristina GB, Battagliero Giovanna SP, Bill Lea JA!, Chheng Rithy SP, Conzetti Conradin GFL, Espinoza Tania GFL, Fischer Regula GPB-DA, Frieden Urs GB, Glauser Jeannette GB, Göttin Thomas SP, Grossi Guglielmo SP, Gül Leyla SP, Jordi Stefan SP, Keller Ruedi SP, Künzler Peter GFL, Kusano Lea SP, Lehmann Annette SP, Lutz-Beck Daniela GFL, Marti Ursula SP, Mathieu Corinne SP, Michel Christine GB, Mordini Patrizia SP, Omar Nadia GFL, Penher Stéphanie GB, Ruch Rahel JA!, Sancar Hasim GB, Schuler Rolf SP, Schwarz Miriam SP, Sönmez Hasim SP, Trachsel Martin EVP, Vollmer Gisela SP, von Greyerz Nicola SP, Walliser Tanja SP, Widmer Manuel C. GFL

Mit Nein stimmen: Aeberhard Hans Peter FDP, Bartlome Vinzenz BDP, Begert Thomas BDP, Beuchat Henri-Charles CVP, Blaser Manfred SVP, Bühler Peter SVP, Bürki Thomas M. BDP, Dana Dolores FDP, Eicher Bernhard JF, Flückiger Jan GLP, Friedli Rudolf SVP, Gafner Wasesem Jacqueline FDP, Glauser Simon SVP, Grosjean Claude parteilos, Gubser Beat EDU, Hess Erich J. JSVP, Hirsbrunner Kurt BDP, Hofer Jimmy parteilos, Imhof Mario FDP, Jaisli Ueli SVP, Leibundgut Edith CVP, Meier Claudia BDP, Meyer Robert SD, Müller Philippe FDP, Schneider Martin parteilos, Sollberger Tanja GLP, Wasserfallen Peter SVP, Weil Thomas SVP, Wertli Béatrice CVP, Zbinden Rolf PdA, Zimmerli Christoph FDP

Enthaltungen: Kohli Vania BDP, Köpfli Michael GLP, Theiler Luzius GPB-DA, Trede Aline GB
Stadtratspräsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Abwesend: Aebersold Michael SP, Bahnan Buechi Rania GFL, Bertschy Kathrin GLP, Imboden Natalie GB, Jost Dannie FDP, Klauser Daniel GFL, Zobrist Beat SP.

4 Wirtschaftsamt: Berichterstattung des Gemeinderats

Geschäftsnummer 09.000313 / 09/308

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Berichterstattung über das Wirtschaftsamt.

Bern, 2. September 2009

Ergänzungsantrag der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)

Der Stadtrat nimmt **zustimmend** Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Berichterstattung über das Wirtschaftsamt.

FSU-Referentin *Christine Michel* (GB): Der vorliegende Bericht wurde dem Stadtrat während der Budgetdebatte 2008 in Aussicht gestellt, als die Weiterführung des Wirtschaftsamtes infrage gestellt war. Der Stadtrat beschloss eine Frist bis 31. August 2009, damit er noch vor der Budgetdebatte vorliege. Der Bericht wurde zwar vor der Budgetdebatte verschickt, konnte aber in der Kommission nicht mehr davor behandelt werden. In der diesjährigen Budgetdebatte wurden die Kredite für das Wirtschaftsamt im bisherigen Rahmen von 700 000 Franken gesprochen. Die Rolle der stadtbernerischen Wirtschaftsförderung gab immer wieder Anlass zu Diskussionen im Stadtrat, dabei war die Frage von der Kantonalisierung oder der Regionalisierung der Berner Wirtschaftsförderung ein wichtiges Thema. Das Berner Wirtschaftsamt ist bereits für die Stadt Bern und für die Region zuständig. Mit der Einführung der neuen Regionalkonferenz (RK) ändert sich die Ausgangslage, die Gründung einer Teilkonferenz Wirtschaft

zeichnet sich ab, woran sich 30 Gemeinden aus der Agglomeration Bern beteiligen wollen. Für den Gemeinderat steht fest, dass die Stadt Bern für das Standortmarketing der Regionen in dieser Teilkonferenz eine führende Rolle übernehmen muss, um die Ansprüche der Hauptstadtregion entsprechend zu vertreten. Im Bericht wird dargelegt, dass der Gemeinderat verschiedene Szenarien für die Organisationsform der Wirtschaftsförderung überprüfte. Er spricht sich klar für das Szenario Vier aus: Städtische Wirtschaftsförderung mit regionaler Ausrichtung. Die regionale Einbindung erachtet er als unerlässlich, zumal die Stadt Bern über beschränkte Möglichkeiten verfügt, gute Standorte für Firmen anzubieten. Während die Stadt im Dienstleistungsbereich durchaus Möglichkeiten bietet, müssen Firmen im industriellen Bereich auf die Agglomeration ausweichen. Es braucht einerseits eine gute regionale Zusammenarbeit, andererseits muss die Stadt Bern eine eigene und starke Identität entwickeln. Es ist Bestandteil des Szenario Vier, dass ein stärkerer Fokus auf die Stadt Bern mit einem neu aufzubauenden und gezielten Stadtmarketing verknüpft wird. In diesem Szenario werden keine näheren Kostenangaben gemacht, an anderen Orten im Bericht wird aber klar, dass der Gemeinderat mittelfristig die Wirtschaftsförderung im bisherigen Kostenrahmen betreiben will. Laut dem Bericht sind die Schwerpunkte für den Wirtschaftsstandort Bern die drei folgenden: Bern soll als Hauptstadtregion positioniert werden, die sich in der neuen Greater Geneva Bern Area behaupten muss. Es geht um qualitatives Wirtschaftswachstum, insbesondere im Bereich Greentech. Es geht darum, Bern als Bildungs-, Forschungs- und Politort und auch als qualitativ hochstehenden Eventort zu positionieren. Die bisherige Ausrichtung des Wirtschaftsamt mit den drei Pfeilern Betreuung von Firmen, Wirtschaftspolitik und Standortmarketing soll weitergeführt werden. Weil das Standortmarketing einen neuen Fokus bildet, wird es im Bericht weiter ausgeführt.

Die Kommission ist der Meinung, dass der Bericht eine klare Antwort auf die Frage von der Kantonalisierung oder Regionalisierung oder Beibehaltung der städtischen Wirtschaftsförderung, also auf die Frage nach der sinnvollen Organisationsform gibt. Es soll eine städtische Wirtschaftsförderung mit regionaler Ausrichtung sein. In der neuen Teilkonferenz Wirtschaft der neuen RK soll die Hauptstadt den Lead übernehmen, das stadtbernerische Wirtschaftsamt soll weiterhin das Mandat der regionalen Wirtschaftsförderung innehalten. Die Kommission diskutierte über den Zeitpunkt der Gründung der neuen Teilkonferenz Wirtschaft und ob der Gemeinderat oder der Stadtrat über den Beitritt der Gemeinde Bern entscheidet. Wir wurden informiert, dass sich auch die Agglomerationskommission mit dieser Frage befasst. Zudem reichte inzwischen die FDP einen Vorstoss zu dieser Thematik ein.

Die Kommissionsmehrheit nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und stellt sich klar hinter dessen Ausrichtung. Die Mitarbeitenden des Wirtschaftsamt müssen wissen, wo sie stehen und in welche Richtung es weitergeht. Die Kommissionsmehrheit begrüsst insbesondere auch die Ausrichtung auf die Förderung neuer Greentechunternehmen. Das Stimmverhältnis in der FSU steht bei 4 Ja, 2 Nein und 4 Enthaltungen. Der hohe Anteil an Enthaltungen erklärt sich dadurch, dass ein Teil der Kommission den Bericht ohne Wertung zur Kenntnis nehmen wollte. Der Grund dafür ist, dass der Bericht zwar Visionen enthält, diese durch konkrete Zielsetzungen aber wenig konkretisiert. Beim Stadt- und Eventmarketing ergibt sich zudem eine Schnittstellenproblematik mit der Abteilung Stadtentwicklung, die ungeklärt erscheint. Die Frage, ob der verstärkte Fokus auf das Stadtmarketing im bisherigen Budgetrahmen gewährleistet werden kann oder zusätzliche Ausgaben mit sich bringt, bleibt ebenfalls offen. In das Feinkonzept, das die neue Ausrichtung der Wirtschaftsförderung konkretisieren wird, insbesondere auch für den Teil Eventmanagement, werden alle relevanten Stellen einbezogen sein (Abteilung Stadtentwicklung, BernTourismus, Sportamt, Apalooza usw.). Das Feinkonzept wird der Kommission im Juni 2010 vorgelegt, also vor der nächsten Budgetdebatte. Die ablehnenden Stimmen in der Kommission sind der Meinung, es brauche keine städtische Wirtschaftsförderung, weil die eigentliche Akquirierung von Firmen in der Kompe-

tenz des Kantons liege. Zusammenfassend empfiehlt die Kommission mehrheitlich, den Bericht über das Wirtschaftsamt zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion nimmt den Bericht über das Wirtschaftsamt zustimmend zur Kenntnis. Die Pflege der ansässigen Firmen ist eine wichtige Aufgabe des Wirtschaftsamtes. Uns überzeugt eine regionale Ausrichtung unter dem Lead der Stadt Bern, weil die regionale Zusammenarbeit beim Standortmarketing für den Raum Bern unerlässlich ist. Wir begrüßen insbesondere die neue Ausrichtung auf den Greentechbereich. Gemäss der neuen Infra-Studie zur Beschäftigungswirksamkeit der Förderung erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, besteht ein Potenzial von 300 Arbeitsplätzen in diesem Bereich für den Raum Bern. Vom Feinkonzept sind konkretere Ausführungen bezüglich Förderung des Greentechbereiches zu erwarten. Die Zusammenarbeit der Stadt mit den anderen beteiligten Akteuren im Bereich Stadt- und Eventmarketing ist zu klären. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die städtische Wirtschaftsförderung im bisherigen finanziellen Rahmen weitergeführt wird.

Fraktionserklärungen

Ruedi Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir teilen die Einschätzung des Gemeinderates, dass es für die Umsetzung einer eigenständigen Wirtschaftsstrategie in der Stadt und Region Bern, diesem Wirtschaftsmotor, ein eigenes Wirtschaftsamt braucht. Für die Hauptstadregion besteht grosses Interesse an der Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Feldern. Die kantonale Wirtschaftsförderung beschäftigt sich kaum mit der Stärkung dieses Motors und verfolgt keine klare ökologische Ausrichtung. Meist verteilt sie Unterstützung in Form von Steuerrabatten nach dem Giesskannenprinzip. Unter dem Druck des Grossen Rates müssen vor allem die Randregionen speziell gefördert werden. Wir teilen die Vision eines ökologischen Wirtschaftswachstums, das nachhaltig mehr sozial gut abgedeckte Arbeitsplätze schafft. Damit soll der Bildungs-, Forschungs- und Politstandort gestärkt werden. Es soll einen Schwerpunkt in Greentech geben. Die Absicht einer Fokussierung auf ein qualitativ hochstehendes Eventangebot teilen wir allerdings nur bedingt. Da sind zuerst die Sicherheitskosten und die Abgeltung der Sicherheitskosten zu klären, nicht dass am Schluss für die Stadt einfach nur mehr Sicherheitskosten entstehen. Wir vermissen eine Aussage darüber, wie Industriearbeitsplätze erhalten, vermehrt und gefördert werden sollen. Bern sollte nicht zur Dienstleistungsstadt verkommen, sondern auch produktive Wertschöpfung generieren. Greentech eignet sich dazu. Heute ist in diesem Bereich vor allem die Planung in Bern angesiedelt, es wäre aber sinnvoll, aus Bern auch einen Produktionsstandort zu machen. Im vierten Szenario prüft der Gemeinderat die konkrete Möglichkeit einer städtischen Wirtschaftsförderung mit regionaler Ausrichtung, das erscheint sinnvoll und Erfolg versprechend. Der Aufbau eines guten Stadtmarketings hat Vorrang und sollte von der Stadt betrieben werden, damit endlich ein einheitlicher Auftritt von sämtlichen Organisationen mit einem Logo und gemeinsamen Konzept möglich wäre. Es kann nicht sein, dass Bern Tourismus von der Stadt Mittel für einen eigenen Auftritt erhält. Die Stadt mit einem starken Wirtschaftsamt muss den Lead in einer eventuellen Teilkonferenz Wirtschaft der RK beanspruchen und gestalten. Entsprechend sind die notwendigen Absprachen mit dem Kanton und der Agglomeration rasch anzugehen. Das Wirtschaftsamt soll gestärkt werden und möglichst im Sinne der Arbeitnehmenden und Konsumenten und Konsumentinnen in dieser Stadt seine Arbeit fortführen. Die Wirtschaft besteht nicht nur aus Kapital- und Arbeitgebern. Wir wünschen dem Gemeinderat viel Erfolg dabei. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Der Bericht zeigt auf, dass sich die Stadt Bern nicht auf sich selber zurückziehen kann und die Wirtschaftsförderung in einem viel grösseren

Umfeld, nämlich national und sogar international, eingebettet werden muss. Bern kann nicht selber international präsent sein, das wäre zu teuer. Darum ist der Zusammenschluss des Kantons Bern mit anderen zur sogenannten Greater Geneva Berne Area zu begrüssen. Diese Area wird ein Agentennetz in den wichtigsten ausländischen Märkten aufbauen und bei den Unternehmungen für eine Ansiedlung werben. Dass es mit diesem Anschluss nicht getan ist, erkennt der Gemeinderat richtig. Vielmehr muss sich jetzt die Region Bern im Standortwettbewerb mit Genf, Lausanne und Freiburg aufrüsten, deshalb braucht es eine starke Wirtschaftsförderung, bei der die Stadt Bern die Führungsrolle übernimmt (das nennt sich neuerdings Hauptstadtregion). Unsere Fraktion setzt in diesem Zusammenhang grosse Hoffnungen in den neu gewählten Leiter des Wirtschaftsamtes, dem bei der Neuausrichtung und mit dem Neustart der Wirtschaftsförderung keine leichte Aufgabe zukommt. Wir hoffen, dass künftig mehr wirtschaftliche Vorteile resultieren als noch unter der alten Führung. Wirtschaftsförderung soll dazu führen, dass angesiedelte Unternehmungen bleiben und neue dazu kommen, das geht über blosser Beziehungspflege hinaus. Wirtschaftsförderung trägt dazu bei, dass die Steuereinnahmen von den Unternehmungen in der Stadt Bern höher werden. Es ist erstaunlich, wenn der vorliegende Bericht des Gemeinderates dieses zentrale Ziel erst auf der letzten Seite erwähnt. Die Wirtschaftsförderung kann aber nicht alleine alles richten, es braucht auch Parlamente auf allen Ebenen, die eine wirtschaftsfreundliche Politik betreiben. Insbesondere ist nötig, dass der Stadtpräsident und der Direktor SUE gewisse Dossiers zur Chefsache erklären und selber mit den Unternehmungen in Kontakt treten. Zuerst muss Geld hereinkommen, erst dann kann man in der Politik gestaltend wirken, wie das die SP vorschlägt. Die Prioritätensetzung innerhalb des Gemeinderates muss funktionieren. Die SVPplus ist mit der Wahl des Szenarios, das der Gemeinderat jetzt fokussiert, einverstanden. Wichtig ist, dass die Folgearbeiten gut gemacht werden. Und in diesem seltenen Augenblick stimme ich in Teilen sogar mit Ruedi Keller überein, der sich ebenfalls gegen eine einseitige Ausrichtung des Wirtschaftskonzeptes auf Dienstleistungen aussprach. Die im Papier vorgestellte Ausrichtung konzentriert sich zu sehr auf Bern als Bildungs-, Forschungs- und Politstandort. Deswegen kommen kaum Unternehmen hierher. Zwar kann man Schwerpunkte bilden, aber die Region Bern muss auch für andere Wirtschaftszweige offen sein, denn wir benötigen auch Arbeitsplätze für Leute, die in Gewerbe und Industrie tätig sind. Das kommt im Bericht zu wenig zum Ausdruck. Die Kommission FSU beantragt, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass die Kenntnisnahme des Berichts ausreicht, weil wir ihn nicht in allen Teilen richtig finden. Es gibt in unserer Fraktion auch Mitglieder, die ihn sogar ablehnend zur Kenntnis nehmen wollen. Bei einer Abstimmung zu zustimmender oder ablehnender Kenntnisnahme würde sich die Mehrheit unserer Fraktion neutral verhalten und sich enthalten.

Direktor SUE *Reto Nause* für den Gemeinderat: Dank an Christine Michel für die Präsentation und auch für die positiven Voten. Wie erfolgreich ist eine Wirtschaftsförderung? Dazu gibt es ein objektives Kriterium: Den Erfolg der Wirtschaft, die im entsprechenden Bereich boomt, oder eben auch nicht. In den letzten Jahren hatten wir in der Stadt Bern im Durchschnitt ein Wachstum von über 2 Prozent, auf 130 000 Einwohner kommen 152 000 Arbeitsplätze. Plattformen zur Vernetzung konnten erfolgreich aufgebaut und bewirtschaftet werden: Medizinalcluster, Telematikcluster, Wirtschaftsberatungscluster. Wir konnten erfolgreiche Aktivitäten rund um Events wie EURO 08, Hockey WM usw. entfalten. Bemühungen rund um die Rekrutierung von neuen Investoren für die Stadt Bern wurden erfolgreich absolviert, beispielsweise Postfinance Arena. Es gilt, diese Strategien fortzuführen und mittels einem eigentlichen Stadtmarketing zu fokussieren. Wie Ruedi Keller sagte, braucht es eine Dachmarke für Bern. Das organisatorische Setup wurde gelegt, zusammen mit der RK wurde die Teilkonferenz Wirtschaft gegründet. Der Verein Region Bern hatte einen Perimeter von rund 24 Mitgliedern, in

der Teilkonferenz werden es über 30 sein, die ihren Leistungsauftrag für die Betreuung von Firmen dem Wirtschaftsamt der Stadt Bern übergeben. Es gibt einen personellen Wechsel und ab Januar 2010 können wir einen Neustart machen. Ich bin zuversichtlich und danke Ihnen für das Vertrauen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Bericht des Gemeinderates zum Wirtschaftsamt zustimmend zur Kenntnis (37 Ja, 9 Nein, 6 Enthaltungen).

- Traktanden Nrn. 5 bis 12 sind verschoben auf die Sitzung vom 19. November 2009. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Interpellation, zwei Motionen, zwei Postulate, drei Interpellation und zwei Kleine Anfragen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

1. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Ausschreibung des neuen Sonder-nutzungsvertrages für die Plakatierung in der Stadt Bern
2. Motion Beat Gubser (EDU): Kennzahlen Drogentherapien
3. Motion Fraktion SVPplus (Ueli Jaisli/Thomas Weil, SVP): Die Dampfzentrale hat – wie andere Kulturinstitutionen die vertraglichen Leistungsziele mit ihrem Kulturangebot zu erfüllen – und dies nicht nur aufgrund einer seltsamen Bilanz!
4. Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Bern ins beste Licht gerückt
5. Postulat Fraktion BDP/CVP (Edith Leibungut, CVP): Halloween darf nicht ausarten!
6. Interpellation Beat Gubser (EDU): Viktoriaplatz – Bessere Verkehrssicherheit für alle!
7. Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Einschränkungen der Meinungsäusserungs-freiheit vor der iranischen Botschaft
8. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Recht auf Protest wird durch Police Bern verletzt!
9. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Berner Nachtleben: „Koks in praktisch jedem Club“ – Auszug aus der Berner Zeitung vom 7. November 2009
10. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): BEA bern expo AG schockiert BEA-Beizer

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*